

Essenzial 75 Pf., monatlich 2.25 Pf.,  
davon 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 3.87 Pf. einschließlich 80 Pf.  
Postgebühren und 75 Pf. Postgebüh-  
ren. Auslandsendement 8.45 Pf.  
von Werau; für Länder mit ermäßig-  
tem Posttarif 4.93 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, Illustriertes Sonntagsbeilage  
„Wort und Bild“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr. Dönhof (A 7) 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbescheid: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. De. B. u. Tele.-Ges., Depotsamt., Jerusalemstr. 63-65.

Dienstag  
22. März 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Stillsetzung der  
Postsendung 2. — „Kleine An-  
zeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pf.  
täglich und festgedruckte Worte jedes  
malere Wort 10 Pf. Rabatt u. Fortf.  
Betre über 15 Buchstaben zählen für  
jeweils Woche. Arbeitsangelegenheiten  
20 Pf. Familienangelegenheiten  
10 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3,  
wochentäglich von 9 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
lieferung nicht genehmiger Umlagen vor!

## Gemeinden vor dem Bankrott.

### Wann endlich Reform des Finanzausgleichs?

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (Deut-  
scher Städtebund, Deutscher Landkreistag, Reichsstädtebund und  
Deutscher Landgemeindeverein) gab vor der Presse anlässlich des Ueber-  
gangs vom alten zum neuen Haushaltsjahr einen Ueberblick über die  
katastrophale Lage der Gemeindefinanzen. In diese Lage sind die  
Gemeinden nicht in erster Linie wegen des Rückganges ihrer Ein-  
nahmen gekommen, sondern wegen des unzulänglichen Finanz- und  
Lastenausgleiches, der in den letzten Jahren von Reich und Ländern  
stets nur zum Nachteil der Gemeinden verändert worden ist.

Wie stark sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben  
verschoben hat, dafür ein Zahlenbeispiel:

Die monatlichen Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände  
für die Erwerbslosenfürsorge betragen gegenwärtig 93 Millionen  
Mark, während die Einnahmen aus der Einkommen- und Körper-  
schaftssteuer nur 55 Millionen Mark monatlich betragen.

Die Einnahmen aus diesen Ueberweisungssteuern machten aber vor  
zwei Jahren noch das Fünftel der Erwerbslosenlasten aus. Die  
Tatsache, daß Gemeinden nicht wie Privatunternehmer schlagartig  
ihre Zahlungen völlig einstellen können, ist der Grund dafür, daß die  
bedrohliche Lage der Gemeindefinanzen immer noch nicht richtig  
gemüßigt wird. Die Einnahmen werden in erster Linie für die  
Zahlung von Unterstützung, Gehältern und Löhnen  
in Anspruch genommen. Wohin aber die Nichtzahlung von Zinsen  
und Tilgungsbeträgen führt, dafür sind die neuen Schwierigkeiten  
der rheinischen Landesbanken ein abschreckendes Beispiel. Die Ge-  
meinden sind aber unabweislich gezwungen, kurzfristige  
Schulden zu machen, um das Defizit (im Haushaltsjahre 1931  
Wieder insgesamt 270 Millionen Mark) auszugleichen.

Die Aussichten für das kommende Haushaltsjahr 1932 sind denk-  
bar trübe.

Die Erwerbslosenlasten, die im Jahre 1931 etwa 1100 Millionen  
Mark betragen (davon übernahm das Reich 230 Millionen  
Mark), werden sich auf 1560 Millionen Mark erhöhen, wenn  
keine Änderung eintritt.

Auf der Einnahmeseite muß man aber mit einem Rückgang der  
Gesamteinnahmen um mehr als 20 Proz. gegenüber dem  
niedrigen Stande von 1931, d. h. um rund 600 Millionen Mark, rechnen.  
So wird die Einkommen- und Körperschaftsteuer von 1931 zu 1932  
auf die Hälfte, d. h. um rund 600 Millionen Mark zurückgehen. Die  
Realsteuern werden eine Mindereinnahme von 145 Millionen Mark  
bringen. Der Finanzanteil der Hauszinssteuer wird um 30 Millionen  
Mark zurückgehen. Durch die Senkung der Gemeindebierversicherung  
erleiden die Gemeinden einen tatsächlichen Ausfall von 22 Millionen  
Mark.

Als unbedingte sofortige Maßnahme fordern die Ge-  
meinden die Fortzahlung des Reichszuschusses für die  
Erwerbslosenlasten in der für das Winterhalbjahr 1931  
gewährten Höhe. Für das erste Vierteljahr des Haushaltsjahres 1932  
müssen also mindestens 115 Millionen Mark bereitgestellt werden.  
Unbedingt erforderlich ist, daß kein Krisenunterstützter mehr in die  
Wohlfahrt kommt, zumal feststeht, daß die Gemeinden zunächst von  
einer konjunkturellen Besserung der Beschäftigung keinen Vorteil  
haben werden.

Eine Sanierung der Gemeindefinanzen aber kann nur erfolgen,  
wenn endlich die von allen Seiten geforderte Aenderung des  
Lastenausgleichs in der Erwerbslosenunterstützung erfolgt. Seit  
Dezember 1930 liegt hierfür ein Antrag der sozialdemokratischen  
Reichstagsfraktion vor.

Eine weitere Senkung der Ausgaben ist absolut unmöglich. Nach den  
Worten des Präsidenten Brüning ist die Grenze für die  
Senkung der Unterstützungssätze „physisch und  
politisch“ erreicht. Erfolgt die Entlastung der Gemeindefin-  
anzen von der Ausgaben Seite her nicht, so sehen die Gemeinden  
keinen anderen Ausweg, als die Bürgersteuer, die jetzt für das  
Jahr 1931 in den Monaten Januar bis Juni in Teilbeträgen erhoben  
wird, monatlich das ganze Jahr hindurch fort-  
zusetzen. Das bedeutet eine Mehrbelastung der Bürgersteuer-  
pflichtigen, die gerade die ärmsten Schichten treffen würde und sozial  
absolut unvertretbar ist!

## Harzburger Käse.

### Noch nicht alt — und läuft schon auseinander!

Was kommen mußte, ist gekommen: man prügelt sich im  
Lager der Unterlegenen vom 13. März von Tag zu Tag mehr.  
In der Partei Hitlers geht das noch einigermaßen im  
stillen vor sich. Aber zwischen Hitler und Hugen-  
berg, den ehemaligen Bundesgenossen von Harzburg, ist  
eine ganz hübsche Keilerei im Gange, die noch über das hin-  
ausgeht, was sich während des Wahlkampfes zwischen Stahl-  
helm und Nationalsozialisten getan hat. Das ist aber noch nicht  
alles: der größte Krach herrscht bei Hugenberg selber!  
Fein sehen sie aus, die Leute von der Harzburger Front, die  
unter der erlogenen Firma „Nationale Opposition“ Deutsch-  
land aus den Angeln heben wollten!

Hitler hat für den zweiten Wahlgang der Präsidenten-  
wahl abermals die Parole für sich selbst ausgegeben. Er hat  
dazu Erklärungen gegeben, aus denen man sehr deutlich er-  
kennt, daß er jetzt die aufgepeitschte Massenerregung seiner  
Gläubigen nicht abebben lassen darf, wenn er nicht einen Zu-  
sammenbruch erleben will. Das bedeutet aber, daß die Masse,  
die er am 13. März hinter sich gesammelt hat, nicht einheit-  
lich, nicht diszipliniert und deshalb auch nicht manövrier-  
fähig ist. Diese Masse ist keine wirkliche Partei, sondern  
lediglich eine aus einer bestimmten Konjunktur geborene  
Menge, die morgen schon wieder auseinanderfallen kann. Sie  
ist, um mit Hugenberg zu reden, kein Block, sondern  
ein Brei.

Der andere der Spieler der Harzburger Front, Hugen-  
berg, hat geglaubt, daß er auf einem Block liegt, der zwar  
klein, aber immerhin fest ist. Aber ach, dieser Block ist nichts  
anderes als eine nur sehr lose zusammenhängende Splinter-  
masse. Er ist ebenfalls nicht manövrierfähig,  
und so hat sich Hugenberg für den zweiten Wahlgang zu der  
Verlegenheitsparole entschlossen, daß eine aktive Beteiligung  
der deutschnationalen Volkspartei an der zweiten Reichs-  
präsidentenwahl nicht in Frage kommt. Man könnte der An-  
sicht sein, daß darin eine versteckte Wahlparole für Hitler liegt,  
wenn dies aber der Fall ist, dann gilt sie jedenfalls nur für  
die Hugenberg-Leute, nicht aber für den Stahlhelm. Denn  
der Stahlhelm tritt nicht für Hitler ein. Nationalsozialis-  
ten und Stahlhelm haben sich im Wahlkampf so miteinander  
gerauft, daß tiefe Verbitterung übriggeblieben ist. Die Parole  
Hugenbergs ist deshalb eine vom Stahlhelm erzwungene Ver-  
legenheitsparole.

Dafür schlägt nun die nationalsozialistische Presse munter  
auf Hugenberg los. Sie nennt die Verlegenheitsparole  
Hugenbergs ein starkes Stück, eine engstirnige,  
parteiegoistische Einstellung, die öder Par-  
teischablone entsprungen sei. Und schließlich wirft sie  
Hugenberg, ausgerechnet Hugenberg, Fahnenflucht aus  
dem nationalen Lager vor. Da fehlt nicht mehr viel  
bis zu der Beschuldigung: Hugenberg hat der nationalen Front  
den Dolch in den Rücken gehohlet. Sie verprügeln sich ganz  
wacker gegenseitig, die Helden von Harzburg!

Zwischen Hugenberg und dem Stahlhelm  
ist ebenfalls ein hübscher Krach im Gange. In erster Linie  
geht es dabei um die Wahlkosten. Der Wahlkampf für  
Duesterberg ist in der Hauptsache auf Pumpy gemacht worden,  
und schließt einer dem anderen die Kosten zu. Der Stahl-  
helm schießt die Gläubiger zu Hugenberg, der wieder zum  
Stahlhelm. Und da keiner konnte zahlen, zahlte keiner von  
beiden! Panktschulden dafür aufzunehmen, ist auch nicht mög-  
lich — wer weiß im übrigen, ob Herr Hugenberg schon seine  
Schulden bei der ehemaligen Donatbank abgedeckt hat?

Neben dem Streit ums Geld geht der Krach um die  
Schuld an der Niederlage. Im Stahlhelmlager ist  
man aufs äußerste erbittert über Hugenberg. Man wirft ihm  
vor, daß sein Presseapparat nicht genügend für Duester-  
berg eingesetzt worden sei, daß Hugenberg Duesterberg als  
Opferlamm vorgeschoben habe, um ihn dann schmählich  
im Stich zu lassen. Dazu kommt ein weiteres. Hugenberg hat  
gegläubt, durch die Kandidatur Duesterberg den Stahlhelm so  
an sich zu fesseln, daß er aus einer selbständigen Organisation  
zu einer reinen Parteigruppe unter Hugenbergschem  
Befehl werde. Das will die Stahlhelmführung nicht, sie will  
sich nicht unter Hugenbergs Fuchtel nehmen lassen, und so ist  
man böse aufeinander.

Und dann soll gar noch ein ganz besonderer Krach wegen  
der Kandidaturen für die Preußenwahlen im  
Gange sein. Der Stahlhelm hat von Hugenberg die Auf-  
stellung von Stahlhelmführern an sicherer Stelle der deutsch-  
nationalen Listen gefordert, und er hat damit Hugenbergs  
mündesten Punkt getroffen; denn Hugenbergs ganze innere  
Parteiloyalität war darauf abgestellt, ihn zum unumkehrbaren

## Alles ganz legal!

### 130 Nationalsozialisten steifen auf das Geseh.

Gladbach-Rheydt, 21. März.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Am Sonntagvormittag wurde in  
einem Hause in der Mühlenstraße in Gladbach der SS-Sturm in  
dem Augenblick überrascht, als er in verbotenen Uniformen  
(einheitliche Mützen mit besonderen Zeichen) versammelt war. Von  
Gladbach-Rheydt und der ganzen näheren und weiteren Umgebung  
wurden die Mitglieder dem ausdrücklichen Befehl des  
Sturmführers, „im verbotenen Anzug“ zu erscheinen, gefolgt.  
Trotz der hohen Strafe, die die Vierte Notverordnung des Reichs-  
präsidenten vorseht (ein Monat Gefängnis Mindeststrafe), waren  
etwa 130 Personen erschienen. Sie wurden von der Polizei  
festgenommen und dem Polizeipräsidenten übergeben. Dabei  
wurde den Polizeibeamten wiederholt die Drohung zu-  
gerufen, daß sie am 24. April ohne Pension fortjagen und die  
Nationalsozialisten ihre Stellen einnehmen würden. Wegen der  
großen Anzahl der Festgenommenen war ihre sofortige Vorführung  
vor den Richter nicht möglich. Sie wurden deshalb nach Feststellung  
der Personalien vorläufig entlassen. Die Räume in der Mühlenstraße  
wurden polizeilich gestrichelt.“

## SA-Rowdys spielen Polizei.

Hagen, 21. März. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Sonntag haben in Hagen 5 National-  
sozialisten auf der Körnerstraße zwei Personen ange-  
halten und nach Ausweisen gefragt. Ein Mann wurde, ehe er dem  
Verlangen nachkommen konnte, zu Boden geschlagen und als  
er schließlich flüchten wollte, von SA-Mitgliedern eines nahen SA-  
Heimes, die zur Verstärkung herbeigeholt waren, mit einem eisernen  
Notenständer so schwer mißhandelt, daß er einen komplizierten  
Schädelbruch erlitt. Die Täter sind ermittelt und in Haft  
genommen.

## Thüringen von Groener nicht informiert.

Weimar, 20. März. (Eigenbericht.)

In der Nacht vom 18. zum 14. März waren im Lande Thürin-  
gen, in Bielefeld, Tinz, Tiefenort und Gräfenrode Trupps der  
SA zusammengezogen; in Bielefeld waren es rund  
200 Mann. Die thüringische Regierung ließ durch 220 Mann  
Landespolizei die Bewachung vornehmen. In Tinz veranlaßte die  
Gerar Polizei des Rotenberges.

Der thüringischen Regierung wurde noch in der Nacht  
vom 18. zum 14. März Mitteilung gemacht von den Zusammen-  
ziehungen. Im Gegensatz zum Reichsinnenminister Groener wußte  
das thüringische Innenministerium nichts von der thüringischen Ab-  
sicht, die SA am Wahltag geschlossen zusammenzubringen, aber auch  
bei Bezirksleiter der SA, der thüringische Reichstagsabgeordnete

Dr. Junkel, wußte nichts von zentralen Anweisungen. Die Zusam-  
menziehungen erfolgten ohne jede Aufforderung der Leitung, die  
davon nichts wußte.

Da in Thüringen nicht ein Zusammenhalten der SA in ihren  
geschlossenen Unterkunftsstätten in Frage kommt — in den obigen  
Orten gibt es keine SA-Heime — so fällt dieser Vorwurf nicht  
unter die Römische Legalitätsanmeldung.

Da auch der zuständige SA-Leiter Junkel erklärte,  
nichts zu wissen, die thüringische Regierung nichts wußte  
— auch die preussische Regierung in Erfurt nichts —  
in der Stadt Erfurt waren an drei Stellen  
etwa 800 Mann SA zusammengezogen — so kann  
vielleicht Herr Innenminister Groener sauen, ob die thüringische Re-  
gierung, die er nicht informiert hatte, die Bewachung beziehungs-  
weise Auflösung dieser SA-Trupps zu Unrecht vorgenommen hat.

## Severing bei Brüning.

### Besprechung über die preussische Polizeiaktion.

Der preussische Minister des Innern, Severing, hatte  
am Montag eine Unterredung mit Reichskanzler Brüning,  
wobei auch die preussische Polizeiaktion erörtert  
wurde. Zwischen dem Reichskanzler und dem preus-  
sischen Innenminister bestehen keinerlei Meinungsver-  
schiedenheiten über die preussische Polizeiaktion.

## Das „System“ soll helfen.

### Der Staatsgerichtshof als rettender Engel.

Hitler verklagt Severing beim Staatsgerichtshof in  
Leipzig.

Was Hitler kann, kann Klages schon lange. Er klagt auch,  
aber nicht gegen Severing-Preußen, sondern gegen Brüning und  
das Reich! Und zwar, weil der Reichspräsident durch seine  
neueste Verordnung auch Klagesan die Pflicht auferlegt hat, wenigs-  
tens während der Osterferien Frieden zu halten.

Friede — das ist für ein nationalsozialistisches Gemüt un-  
erträglich. Deshalb verlangt Klages — oder vielmehr das braun-  
schweigische Staatsministerium — vom Staatsgerichtshof die Auf-  
hebung der Osterferienverordnung, die dem Schutz des  
äußeren Friedens dienen soll, wegen angeblicher Verfassungs-  
widrigkeit!

Dieser Kampf um die Verfassung, ausgeführt von ihren  
schlimmsten Feinden, wirkt geradezu grotesk!

Reichsvertehrminister Teodorow ist per Flugzeug in London  
eingetroffen, um Goethe-Festern beizuwohnen und an offiziellen  
Empfängen teilzunehmen.

Diktator in der Deutschnationalen Volkspartei zu machen und ihm somit die Möglichkeit zu geben, nur seine Kreaturen mit Mandaten auszustatten. Die Forderung des Stahlhelms ist deshalb von Hugenberg als Sünde gegen den heiligen Geist seines Blutgedankens empfunden und dementsprechend abgelehnt worden. Der Stahlhelm brütet nun Rache, und es wird behauptet, daß er sich mit dem Plan trage, bei der Preußenwahl Hugenberg Gleiches mit Gleichem zu vergelten und sich nicht sonderlich für ihn einzulegen.

Dafür gibt nun wieder Hugenberg hintenherum für seine Leute die Parole für Hitler aus. Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Alideutschen, erklärt, daß sie als überparteiliches Organ alle bisherigen Duesterberg-Wähler auffordere, im zweiten Wahlgang ihre Stimme Hitler zu geben. Wer sind die Alideutschen? Sie sind nichts ohne Herrn Hugenberg, und es ist sicher, daß diese Parole nicht ohne ihn zusammengebraut worden ist.

Um das Maß der Verwirrung vollzumachen, arbeiten noch der Stahlhelm, der Bund Königin Luise und die sogenannten Vereinigten Vaterländischen Verbände mit einander widersprechenden Parolen gegeneinander. Fein sieht es aus in der Harzburger Front! Nicht Bloch, nicht Breit, sondern Käse, der im Verkauf ist.

Der Gegner ist in Verwirrung! Jetzt gilt es, in seine Verwirrung fest hineinzustoßen. Er muß am 10. April eine neue, noch schwerere Niederlage erleiden — das ist die beste Vorbereitung, die wir für den Kampf um Preußen schaffen können.

## Harzer Roller-Kommandos.

Die schöne „Harzburger Front“ ein Trümmerhaufen.

Schmerin, 21. März. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten und die Stahlhelmer sind sich hier heftig in die Haare geraten. Die Nationalsozialisten hatten öffentlich die Stahlhelmer zum Besuch einer nationalsozialistischen Versammlung auffordern lassen. Diese Einladung veranlaßte den Kreisführer des Stahlhelms, an sämtliche Stahlhelmlente des Kreises ein Schreiben zu richten, in dem er sie auffordert, der nationalsozialistischen Versammlung fernzubleiben. Er ließ sogar „Streikposten“ vor dem nationalsozialistischen Versammlungslokal stationieren, um die Versammlungsteilnehmer zu kontrollieren. Der nationalsozialistische „Niederdeutsche Beobachter“ hat darauf die Stahlhelmer und ihren Führer in einer Form beschimpft, die man bisher nur gegenüber republikanischen Kreisen kannte. Der Konflikt hat scharfe Formen angenommen und man darf auf seinen Ausgang um so mehr gespannt sein, als Stahlhelmer und Nationalsozialisten bisher in einer Front marschiert sind.

In dem nationalsozialistischen „Reichsverband deutscher Wanderversammlungen“, in dem bisher die Harzburger traulich beisammen saßen, um Einfluß auf die Wandervereine zu gewinnen, hat es einen schönen Bruch gegeben. Deutschnationale und Stahlhelmer haben geschlossen ihren Austritt erklärt, weil der Verband eine ganz einseitige Nazidiktatur auftricht und den Vorstand einseitig aus Hitler-Leuten zusammensetzt.

Man kann die Harzburger zu ihrer goldenen Einheit beglückwünschen. Nur sollen sie mit ihren Sachen die Republik verschonen!

## Scheidemann über den 9. November.

Das Volk hat auf der ganzen Linie gestiegt.

Einem Kuffag des Genossen P. H. Scheidemann im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ entnehmen wir die folgenden Ausführungen:

„Das Volk hat auf der ganzen Linie gestiegen!“ Mit diesem vollkommen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz aus der Rede, die ich am 9. November 1918 aus einem Reichstagsfenster heraus hielt, soll gezeigt werden, wie verlogen und verdrösterlich die SPD gehandelt habe. Sie habe dem Volk ein Paradies versprochen. In Wirklichkeit beweisen die unwahren Behauptungen nur die abgrundtiefe Verlogenheit der Nazis. Da nur recht wenige Leute noch wissen, in welchem Zusammenhang das Wort von dem Sieg auf der ganzen Linie gefallen ist, soll hier die Rede, die vollkommen aus dem Stegreif gehalten wurde, in ihren Hauptzügen angeführt werden:

„Arbeiter und Soldaten! Fürchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Die Folgen des Krieges, Not und Elend, werden noch viele Jahre auf uns lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhindern wollten, ist uns nicht erspart geblieben, weil unsere Verständigungsversuche sabotiert wurden, wir selbst wurden verhöhnt und verurteilt. — Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen „inneren Feinde“, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Dabeimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechtstielten, wie sie den verbrissenen Kampf gegen jede Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preussischen Wahlsystems geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschunden. Ueber sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gestiegen!... Die neue Regierung darf nicht gelächelt werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit. Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Nichts darf geschehen, was der Arbeiterregierung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt! — Das Alte und Verhüllte, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die deutsche Republik!“

Dieser Rede braucht sich kein Sozialdemokrat zu schämen. Sie spricht genau das Gegenteil von dem aus, was gewissenlose Gegner zusammengeflücht haben.

## Unternehmerdank an Faschismus.

Eine Dollarmillion nach Rom.

Sifabon, 21. März.

Der Privatsekretär Durkhat des verstorbenen Rodel-Millionärs George Eastman ist in Sifabon eingetroffen. Von hier wird er nach Rom weiterfahren, um Mussolini den Betrag von 1 Million Dollar zu überreichen. Es handelt sich, wie „Diario Libero“ meldet, um eine Stiftung Eastmans zum Bau eines Hospitals für die jungfaschistischen Organisationen.

# Zentrum in der Abwehr.

Staatspräsident Holz fordert scharfen Kampf gegen die Nationalsozialisten.

Stuttgart, 21. März. (Eigenbericht.)

Auf einer Tagung des württembergischen Zentrums in Ulm führte Staatspräsident Holz über das Ziel seiner Partei im bevorstehenden Landtagswahlkampf u. a. folgendes aus:

„Wir müssen verhindern, daß der Radikalismus irgendwo ans Ruder kommt. Wenn uns das gelingt, dann haben wir unsere Pflicht getan und unser Ziel erreicht. Der Kommunismus ist, auf die Dauer gesehen, die größte Gefahr, aber augenblicklich ist er es nicht. Deshalb müssen wir die ganze Kampfkraft gegen die Nationalsozialisten einlegen. (Stürmischer Beifall.) Hier gibt es keine Partei, sondern nur entscheidenden scharfen Kampf. Viele sagen, man müsse die Nationalsozialisten regieren lassen, um ihre Unfähigkeit zu erweisen. Das wäre ein ganz gefährliches Experiment. Es ist unmöglich, mit den Nationalsozialisten ruhige und praktische Arbeit zu leisten. Sie sagen: wir wollen nichts vom Parlament, wir wollen eine Bewegung sein, die zur Macht drängt. Und diese Bewegung ist aufgebaut auf dem Führergedanken. Der Führer besteht und die anderen haben zu gehorchen. Das ist der Gedanke der Diktatur. Was aber würde sie bedeuten? Sie würde sofort jede andersgesinnte Presse verbieten. Es gäbe von diesem Tage ab aber nur

noch eine nationalsozialistische Presse. Es gäbe auch keine Versammlungsfreiheit mehr. Der Inhalt ihrer Diktatur wäre also:

1. die Beseitigung des Parlaments, der Parteien, der freien Meinungsäußerung, der Presse, der Versammlungsfreiheit.

2. die Bewaffnung der SA und ihre Bezahlung aus Reichsmitteln. In dem Augenblick, wo die Nazis ans Ruder kommen, sind ihre SA eine politische Kampftruppe mit Bezahlung aus Reichsmitteln.

Worin beruht nun die Gefahr? Der Augenblick der Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur wäre bei uns die Geburtsstunde einer Revolution. Dann zwänge man die ganze Sozialdemokratie ins radikale Lager hinüber und förderte wir ihre Vereinigung mit den Kommunisten. Daher müssen wir mit den Gedankengängen in unseren Reihen aufräumen, als ob man mit den Nationalsozialisten paktieren oder praktische nationale Arbeit leisten könne. Wir müssen absolut klar und deutlich aussprechen: es gibt mit ihnen keine Zusammenarbeit. Wenn wir das erreichen, daß sie weder in Bayern, noch in Preußen, noch in Württemberg zur Regierung kommen, dann haben wir gefiegt. Je scharfer und entschiedener wir den Kampf führen, desto eher gelingt es uns, den Nationalsozialismus zu überwinden. Die Gefahr dieser Bewegung offen aufzeigen, muß das Ziel unseres Wahlkampfes sein.“

# Lloyd George tut Buße.

Reue über Versailles. — Zuspruch an USA.

London, 21. März.

In seinem Buch „Die Wahrheit über die Reparationen und Kriegsschulden“ erklärt Lloyd George, einer der Väter des Versailler Vertrags, daß die völlige Streichung der Reparationen nicht im Widerspruch zum Versailler Frieden stehen würde. Die entsprechenden Klauseln ließen ausdrücklich die Möglichkeit einer Herabsetzung bzw. Streichung bei Übereinstimmung der betroffenen Regierungen offen.

Die Reparationen und Kriegsschulden sowie die falsche Verteilung des Goldes und die hohen Zinsmauern seien die Hauptursachen der gegenwärtigen Weltkrise.

Lloyd George schildert u. a. auch seine Rolle bei den Reparationsverhandlungen 1919 bis 1921. Er betont, daß er die Schwierigkeiten, die sich der Leistung der damals festgelegten Reparationszahlungen entgegenstellten, vorausgesehen habe, daß jedoch der Druck der öffentlichen Meinung keinen anderen Weg offengelassen habe (nachdem die Entente-Regierungen diese Meinung gemacht hatten. Red.).

Lloyd George beklagt die bis zum Inkrafttreten des Hoover-Moratoriums gezahlten Reparationen auf 1010 Millionen Pfund Sterling, wobei er die Befragungskosten und den Wert der abgetretenen Besitzungen einrechnet. Er kommt zu dem Schluß, daß Deutschland nicht mehr bezahlen könne. Den richtigen Ausweg sieht Lloyd George in einer Veränderung der Haltung der Vereinigten Staaten. Er sagt Amerika, daß es selbst bei einer Streichung der Kriegsschulden noch nicht so große Ver-

luste durch den Krieg aufzuweisen haben würde wie etwa Frankreich und England.

Wenn Amerika sich weiter einer Herabsetzung der Kriegsschulden widersetze, so werde es allmählich seine Wirtschaft vollkommen zugrunde richten, indem es sich selbst seiner besten Kunden, nämlich der europäischen Staaten, beraube.

Amerika halte den Schlüssel zu seiner eigenen und zur Wohlfahrt der ganzen Welt. Lloyd George empfiehlt, um Amerika entgegenzukommen, eine beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen. „Eine große Gelegenheit“, so schreibt Lloyd George, „erwartet die Welt in Louisiana. Wollen die Staatsmänner sie ergreifen oder wollen sie fortfahren, zu faulen?“

Das Buch enthält eine Reihe bisher unveröffentlichter Briefe von Staatsmännern, die mit der Reparations- und Kriegsschuldenfrage zu tun gehabt haben. Lloyd George greift u. a. Poincaré aufs schärfste an; er nennt ihn den Unfranzösischsten aller Franzosen. Poincarés Ansicht von Deutschland sei die eines Heilsarmeehauptlings vom Teufel gewesen.

## Auch in Frankreich wachsende Erkenntnis.

Paris, 21. März.

Hg. Bergery (sozialradikal) äußerte sich auf einer Volksversammlung in Belfort über die Außenpolitik und forderte vollständige Streichung der Tribute sowie der internationalen Schulden und erklärte, daß nur so Frieden und Abrüstung zu ermöglichen seien.

## „Mit bolschewistischem Schwung.“

Das ZK. der SPD besingt die Pleite Leddy Thälmanns.

Das ZK. der SPD. veröffentlicht einen Aufruf, der genau nach dem Muster des sozialdemokratischen Aufrufs am 16. März gearbeitet ist. Er beginnt mit einem Dank an die Mitkämpfer, setzt sich dann mit dem Hauptgegner auseinander und schließt mit der Zielsetzung für die nächste Zukunft. Die Disposition ist genau dieselbe, und es ist recht unterhaltend zu sehen, wie der sozialdemokratische Sinn Absatz für Absatz in kommunistischen Unsinn verwandelt worden ist.

Sundacht begnügt sich das ZK. nicht damit, seinen Mitkämpfern den Dank auszusprechen, wie das der sozialdemokratische Parteivorstand tut; es spricht ihnen seinen „revolutionären Dank“ aus. Das Ankreuzen des Kandidaten Nr. 4 in geheimer Wahlzelle wird als ein „kühnes Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf“ bezeichnet. Da kann eben eine sozialdemokratische Druckerei nicht mit, denn sozialrevolutionäre „rrrr“ gibt es in ihren Schäften gar nicht!

Der sozialdemokratische Aufruf mahnt die Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus. Die entsprechenden Absätze des kommunistischen Aufrufs sind natürlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet, die jetzt „noch stärker entlarvt“ werden soll. Nun, die Sozialdemokratie ist schon an verschiedenen Graden der Entlarvung gewöhnt, sie wird auch den stärksten mit Fassung ertragen! Dieser folgt dann auch in einem der nächsten Absätze, in dem gesagt wird: „Braun und Seevering führen mit eigenen Händen bewußt und systematisch die faschistische Diktatur in Deutschland durch.“ „Diesen Machthabern von heute“, ganz besonders „der betrügerischen arbeitereindlichen Sozialdemokratie gilt der Hauptstoß“, welcher nunmehr „mit wahrhaft bolschewistischem Schwung“ geführt werden soll. Zu diesem Zweck sollen die Mitläufer des bekannten „kühnen Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf“ wiederholen und noch einmal in der stillen Wahlzelle zum Namen Thälmann ein Kreuz machen.

Nun ist dieses Kreuzzeichnen im zweiten Wahlgang kaum mehr als eine harmlose Fellei. Fünf Millionen Thälmann-Stimmen können jetzt weder Hindenburgs Sieg noch Hitlers Niederlage verhindern. Ueberhaupt ist der Zweck der wiederholten Thälmann-Wahlerei in keiner Weise zu erkennen. Man hat am 18. März Stimmen gezählt, man wird am 24. April — bei den Landtagswahlen — schon wieder Stimmen zählen. Daß man zwischenzeitlich, am 10. April, noch einmal zählen will, hat, wie uns scheint, mit überdemokratischem Kreinismus mehr zu tun, als mit „bolschewistischem Schwung“. Es ist ein „revolutionärer Hauptstoß“, der nichts trifft, als die Luft.

Wie der sozialdemokratische Aufruf schließt auch der kommunistische mit der Zielsetzung für die Zukunft. Bei der Sozialdemokratie heißt es: Verstaatlichung der Schwerindustrie, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Unterstellung der Banken und

der Trusts unter Staatsaufsicht. Von solcher sozialistischer Zielsetzung findet man in dem Aufruf der SPD. keine Spur. Sie wird dort ersetzt durch ein gefühlvolles sozialistisches Geseide, dem man viel zu viel Ehre antun würde, wenn man es als „ausgarmarktisch“ bezeichnen wollte.

Alle sozialistische Zielsetzung wird ersetzt durch den Schrei nach der Verteidigung der Sowjetunion. Das ist ein kläglicher Rückzug in die Defensive in demselben Augenblick, in dem die Sozialdemokratie die sozialistische Offensive ergreift. Und gegen wen sollten die kommunistischen Arbeiter die Verteidigung Sowjetrußlands führen? Etwa gegen die Brüning-Regierung, der die sowjetoffizielle „Moskauer Rundschau“ soeben erst beifügt hat, daß sie die zuverlässigste Freundin Sowjetrußlands ist?

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die SPD. nicht nur den Kampf gegen den Faschismus, nicht nur den Kampf für die realen Interessen des Proletariats, sondern auch die sozialistische Offensive ganz und gar ihrem „Hauptfeind“, der Sozialdemokratie, überläßt.

Ist das „bolschewistischer Schwung? Rein, das ist gänpierender Intelligenzschwund!

## Hindenburg an den Goethe-Ausschuß.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Vorsitzenden des Goethe-Ausschusses in Weimar, Staatsminister a. D. Dr. h. c. Deubbeffer, zur Goethe-Gedenkfeier das folgende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister! Es ist mir ein Bedürfnis, auch Ihnen als Vorsitzenden des Weimarer Goethe-Ausschusses und durch Sie der Bevölkerung der Stadt Weimar, mein aufrichtiges Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß es mir durch die politische Lage unmöglich geworden ist, der Einladung der thüringischen Regierung zur Goethe-Weimarerfeier persönlich zu folgen und den Kranz des deutschen Volkes am Sarge des großen deutschen Dichters selbst niederzulegen.“

Meine Wünsche begleiten nicht nur den äußeren festlichen Verlauf dieser Feier. Wäge der 22. März in unserem Volke den selbstzerstörerischen Streik der Meinungen zurücktreten lassen vor dem Gefühl einer schicksalhaft verbundenen deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft, und möge dieser Tag alle Deutschen in und außerhalb der Reichsgrenzen zusammenführen in der Erinnerung an eine große Vergangenheit, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, für die wir allen Bemühen zum Trotz über die Not der Gegenwart hinaus Reich und Volk und auch die deutsche Kunst erhalten wollen. Mit freundlichen Grüßen

943. von Hindenburg.“

Volk und Sozialdemokratie! Gregor Bismard, der vor kurzem die Studie „Deutschland und die Weltwirtschaft“ vorlegte, gibt in der Broschüre „Volk und Sozialdemokratie“ einen scharfsinnig wohlüberlegten Überblick über die seit 1918 geleisteten innen- und außenpolitischen Arbeiten der Sozialdemokratie. Das Heft stellt eine wertvolle Ergänzung der Kampfliteratur gegen die nationalsozialistische Propaganda dar. Es ist im Dieck-Verlag in Berlin erschienen und kostet 15 Pf.

# Der Nachkriegsdeutsche.

Prozess gegen „Vorwärts“, „Münchener Post“ und „8-Uhr-Abendblatt“.

München, 21. März. (Eigenbericht.)

Vor dem Münchener Berufsgericht wurde heute abermals die Klage des Reichstagsabgeordneten Rosenbergs, Chefredakteur des „Völkischen Beobachter“, gegen die Redakteure Victor Schiff vom „Vorwärts“, Martin Gruber von der „Münchener Post“ und Jelig Hirsch vom „8-Uhr-Abendblatt“ verhandelt. Es handelt sich im wesentlichen um die Uebernahme einer Angabe des „Nationalsozialisten“ Otto Straßers durch die genannten drei Blätter, daß Rosenberg während des Krieges in Paris im Dienste der Entente tätig gewesen sei. In erster Instanz waren die drei beklagten Redakteure zu je 500 M. Geldstrafe verurteilt worden, doch hatte der Kläger Berufung eingelegt, um eine höhere Strafe zu erlangen, worauf auch von den Beklagten gegen das Urteil Berufung eingelegt wurde. Das Berufsgericht verwarf beide Berufungen, es bleibt beim Urteil der ersten Instanz.

In der heutigen Verhandlung erklärte Genosse Schiff die Entstehung des inkriminierten „Vorwärts“-Artikels, den er nach der Reichstagswahl von 1930 geschrieben hätte, als Hüller in so plumper Weise auf einen Entbederungsversuch des französischen Hanswurft G. Hervé mit seinen geradezu pazifistischen Behauptungen herein gefallen war. Da Rosenberg auf die gravierende Behauptung des Straßer-Blattes weder durch eine Klage, noch eine Berichtigung reagiert hätte, konnte man annehmen, daß sie stimmte und daß daher Rosenberg als außenpolitischer Berater Hüllers verfaßelt hatte, seinen Chef über die Bedeutungslosigkeit Hervés zu informieren. Nachdem Schiff einige Monate zuvor im „Völkischen Beobachter“ als „Landesverräter“ bezeichnet worden war, ohne gerichtlich vorgehen zu können, weil sich Rosenberg damals hinter die Immunität eines nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten verbrochen hatte, hielt er sich für berechtigt, in diesem Zusammenhang nunmehr Rosenbergs Vergehenheit auf Grund der Beschuldigungen des Straßer-Blattes zu beleuchten.

Die frühere Beweisaufnahme hatte ergeben, daß die Angaben des Straßer-Blattes auf eine Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Göring zurückzuführen waren, der sich wiederum auf Hüllers Pressechef Hans Jaenig berief. Doch beide Herren konnten sich als Zeugen nur noch sehr versonnen an ihre eigenen Aeußerungen über Rosenberg erinnern.

Da sich Rosenbergs Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Roder, zu Beginn der Verhandlung heftig darüber beklagt hatte, daß die Angriffe gegen seinen Mandanten neuerdings weitergingen, gestützt auf Behauptungen einer französischen Wochenchrift „Je suis partout“, wies Rechtsanwalt Bönenfeld nach, daß weder der „Vorwärts“, noch die „Münchener Post“ von diesen Angaben Gebrauch gemacht hätten, nachdem eingehende Erkundigungen in Paris ergeben hätten, daß zwar die Redaktion dieser Zeitschrift auf ihrer Behauptung beharre, daß Rosenberg in der Propaganda-Abteilung des französischen Auswärtigen Amtes tätig gewesen wäre, aber ihre Gewährsmänner nicht nennen wolle. Interessant war in diesem Zusammenhang die Mitteilung, daß in dem Arbeitszimmer des leitenden Redakteurs dieser durchaus deutschlandfeindlichen Wochenchrift ein Bild Adolf Hüllers hänge mit eigenhändiger Widmung des Führers der NSDAP.

Rechtsanwalt Graf Vestalozza ergänzte diese Ausführungen für den Redakteur des „8-Uhr-Abendblattes“ und verwahrte sich in volkstümlicher Weise gegen die Methode der Nationalsozialisten, ein Patent auf Patriotismus sich anzueignen. Dazu sei der Nachkriegsdeutsche Rosenberg am allerwenigsten berechtigt, und die Klarstellung seiner Vergangenheit im Kriege sei ein berechtigtes Interesse der Allgemeinheit und insbesondere der verlagten Zeitungen gewesen.

Rechtsanwalt Roder forderte eine schärfere Bestrafung der Angeklagten als in der ersten Instanz, zumal die Angriffe auf seinen Mandanten in anderen Blättern und in anderer Form weitergingen. Rosenberg hätte sich bei der Besetzung Rigas durch die Deutschen bei dem deutschen Generalkonsul zum Heeresdienst melden wollen, sei aber abgewiesen worden und hätte sich danach darauf beschränken müssen, im Auftrag der Besatzungsbehörden im Baltikum Vorträge gegen den Bolschewismus zu halten. Er sei niemals während des Krieges oder nach dem Kriege in Paris gewesen.

Nach dreistündiger Verhandlung verurteilte das Gericht das Urteil: Die beiderseitigen Berufungen werden abgewiesen, beide Parteien tragen die Kosten der Berufungsinstanz. Die Angabe, daß Rosenberg in Paris während des Krieges tätig gewesen sei, sei unermittelt geblieben. Die Schärfe der Pressepolemiken auf beiden Seiten ließe das Urteil der ersten Instanz angemessen erscheinen.

## Die Lügenbeutel.

Berichtigungen, die alt geworden sind.

Die „Rote Fahne“, das Organ der leninistischen Lügentheorie, brachte im letzten Sonnabend — also am 19. März 1932 — eine Berichtigung, die vom — 24. November 1931 (!) datiert ist. Sie stammt von dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Berlin, Genossen Franz Künstler, und hat folgenden Wortlaut:

In Nr. 23 der Zeitung „Die Rote Fahne“ vom 22. November d. J. heißt es in einem an der Spitze der zweiten Beilage veröffentlichten Aufsatz:

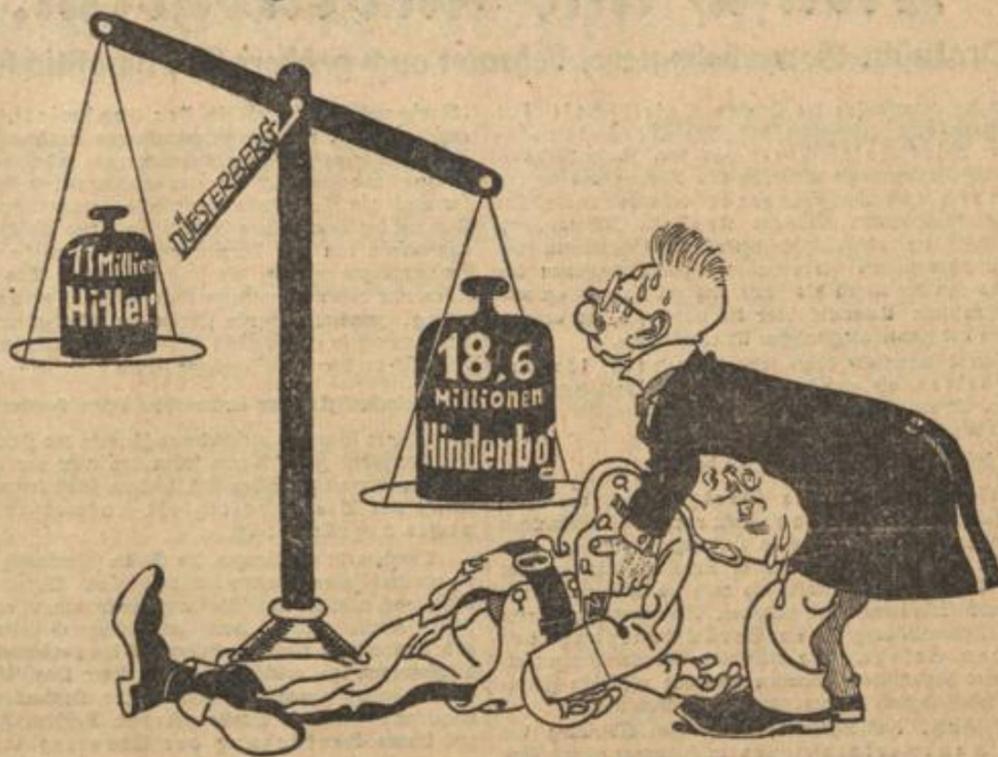
„Als vor der Abreise der sozialdemokratischen Arbeiterdelegation Arbeiter auf dem Bezirksbüro der SPD, an Künstler die Frage stellten, ob sie mit nach der Sowjetunion reisen könnten, erklärte Künstler: „Das läßt sich nicht in Betracht, damit stellt du dich außerhalb der Reihen der Partei.“ Man fragte ihn: „Wenn ich nun nach Italien fahren will, würde mir das erlaubt?“ Künstler antwortete: „Dagegen haben wir nichts einzuwenden.“

Hierzu erklärte ich: Diese Behauptung, die angeblich der Abgeordnete Walter Ulbricht aufgestellt hat, ist in allen Teilen unwahr. Vor der Abreise der angeblichen sozialdemokratischen Arbeiterdelegation nach Rußland haben Sozialdemokraten niemals bei mir die Genehmigung nachgesucht, nach Sowjetrußland reisen zu dürfen. Ich habe auch nicht bei irgendeiner Gelegenheit jemandem auf die Frage, ob es ihm erlaubt sein würde, nach Italien zu reisen, geantwortet: „Dagegen haben wir nichts einzuwenden.“

Berlin, 24. November 1931. Franz Künstler.  
Wie aus dieser Berichtigung hervorgeht, wurde sie am 24. November 1931, also vor vollen vier Monaten, dem Blatt zugestellt. Sie wurde aber nicht abgedruckt. Wegen des Nichtabdruckes stellte Künstler Strafantrag. Darauf kam der verantwortliche Redakteur mit der Ausrede, er habe die Berichtigung nicht erhalten. Sie wurde ihm nun mittels Einschreibebriefes abermals zugestellt, und zwar am 10. Februar 1932. Trotzdem wurde sie nicht veröffentlicht. Übermal erfolgte Strafantrag. Und nun bequemt sich das Lügenblatt endlich dazu, die — veraltete — Berichtigung bekanntzugeben.

Das ist die Prozis journalistischer Unanständigkeit, wie man sie

# Fehlspekulation.



„Komm, Duesterberg! Da ist nischt mehr zu wollen!“

# Gebt der Jugend Arbeit!

Jeder zehnte Jugendliche ohne Beschäftigung.

Die Weltkrise des kapitalistischen Systems hat die Jugend besonders schwer betroffen. In Deutschland ist über eine Million junger Menschen in das Riesengebiet der Arbeitslosen eingereicht. Das bedeutet, daß jeder zehnte Jugendliche ohne Arbeit ist. Für die Jugend ist die Arbeitslosigkeit viel mehr als Lohnausfall. Unter den jugendlichen Erwerbslosen wächst die Zahl derjenigen, die monatelang und sogar jahrelang ohne Beschäftigung sind. Sie sehen ihre Berufsfähigkeiten schwinden, kommen sich nutzlos und überflüssig vor und fühlen sich ausgestoßen aus der menschlichen Gesellschaft. Der Jugend muß schnell und gründlich geholfen werden, wenn sie nicht ganz verloren gehen soll für aufbauende Mitarbeit im Staat und in der Wirtschaft der Zukunft.

Diese Gedanken standen im Vordergrund der Beratungen des Reichsausschusses des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands auf seiner letzten Tagung. Die Sitzung war sehr gut besucht; fast alle Bezirke waren vertreten. Über den Stand der Organisation berichtete der Verbandsvorsitzende Erich Ollenhauer. Die Aktivierung der Arbeiterbewegung durch die Eiserner Front hat auch die Jugend erfasst. Die Versammlungen und Kundgebungen der Jugend waren seit den Tagen der Novemberrevolution nie so gut besucht und von solchem Kampfeifer befeuert wie jetzt. Der ersten Niederlage der Nationalsozialisten am 13. März müssen beim zweiten Wahlgang und bei den kommenden Landtagswahlen noch schwerere Niederlagen folgen. Die Sozialistische Arbeiterjugend wird alles tun, um diese schärfsten Feinde der Arbeiterbewegung schlagen zu helfen. Sie weiß, daß das, was jetzt in den politischen Kämpfen entschieden wird, entscheidend ist für die Zukunft der Jugend.

Trotzdem die Mitglieder der SAJ bis zu einem Viertel arbeitslos sind, ist die Organisation intakt geblieben. Ein geringer Mitgliedsrückgang hat seine Ursache in der allgemeinen Not und in dem Verdrängen der Spaltung im vorigen Herbst. Durch eine intensive Werbearbeit und durch den Ausbau der Arbeit in den Gruppen wird dieser Verlust recht schnell aufgeholt sein. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß vor allem die kommunistische Jugend sozialdemokratischen Argumenten wieder zugänglich ist. Auch bei den Nationalsozialisten wird der Widerspruch zwischen den Aufsprüchern à la Goebbels und dem wirklichen Können der Nazis gerade unter der Jugend manche Zweifel an dem hiterischen „Sozialismus“ entstehen lassen. Hier bestehen wachsende Aussichten, die durch die Not aufgeweckte Jugend für den marxistischen Sozialismus zu gewinnen.

Der Not der arbeitslosen Jugend ist durch die Sozialistische Arbeiterjugend nach besten Kräften abgeholfen worden. Alle Be-

strebungen und Einrichtungen der öffentlichen Körperschaften und der Arbeiterorganisationen, die die Not der Jugend lindern sollen, finden die weitgehende Unterstützung der SAJ. Durch eigene Veranstaltung ist den arbeitslosen Jungen und Mädchen bewiesen worden, daß die Gemeinschaft der SAJ ihre notleidenden Mitglieder nicht im Stich läßt. Den arbeitslosen Jugendlichen wurde ein Halt geboten, der sie vor dem Verzweifeln oder vor dem Abgleiten in einen fruchtlosen Proletariatismus schützt. So erfreulich und vielfältig alle diese Hilfsmaßnahmen sind, die beste Hilfe für die Jugend ist Arbeitsbeschaffung. In einer einstimmig gefaßten Entschliessung stellt sich die Sozialistische Arbeiterjugend hinter die Arbeitsbeschaffungsversuche der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der freien Gewerkschaften. Die Sozialistische Arbeiterjugend fordert insbesondere die Verkürzung der städtischen, mächterischen und der Behrensarbeitszeit.

Solange der arbeitslosen Jugend keine Arbeit gegeben werden kann, muß ihr geholfen werden durch ausreichende Unterstüzung und durch jugendpflegerische Maßnahmen. Die Sozialistische Arbeiterjugend fordert deshalb, daß die Einrichtungen und Veranstaltungen der Arbeitsämter, Gemeinden und Organisationen für erwerbslose Jugendliche erhalten bleiben müssen. Durch Zusammenarbeit aller beteiligten Körperschaften und durch weitgehende Heranziehung der Jugendverbände muß diese notwendige Hilfsarbeit ausgedehnt und vertieft werden.

Beschlossen wurde die Verschiebung der Reichskonferenz, die in diesem Jahre stattfinden müßte, auf das Frühjahr 1933. Zum freiwilligen Arbeitsdienst wurde ein Beschluß gefaßt gegen drei Stimmen gefaßt, durch den den Mitgliedern der SAJ die Teilnahme an Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes freigestellt wird, soweit sozialistische Organisationen oder öffentliche Körperschaften Träger der Arbeit oder des Dienstes sind. In den Fällen, in denen die Organisation der Sozialistischen Arbeiterjugend selbst arbeitslose Jugendliche im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigen, sei es als Träger der Arbeit oder des Dienstes, muß vor der Antragsstellung die Zustimmung der Gewerkschaften eingeholt werden und gesichert sein, daß eine Beeinträchtigung des freien Arbeitsmarktes nicht eintritt. Die Beschäftigung von Jugendlichen bei eigenen Maßnahmen im Arbeitsdienst muß unter verantwortungsbewusster sozialistischer und pädagogischer Führung erfolgen.

Die Sozialistische Arbeiterjugend betrachtet den freiwilligen Arbeitsdienst als eine vorübergehende Notmaßnahme, und sie wird ihre Stellungnahme in dem Augenblick überprüfen, in dem die gesellschaftlichen Grundlagen des Dienstes sich ändern oder die Praxis erkennen läßt, daß der freiwillige Arbeitsdienst den Absichten der sozialen und politischen Reaktion Vorstoß leistet.

Mit einem Appell zur stärksten Bereitschaft und Arbeit im Kampf für die Jugend und um die Jugend wurde die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

von der kommunistischen Presse seit langem gemocht ist. Diese Prozis wird wohl vernunftgemäß dadurch, daß das Lügenblatt am Sonntag morgen unter Bezugnahme auf die Berichtigung aus dem „Vorwärts“ vom 22. September 1931 (man beachte die Daten!) eine allgemeine Warnung des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes vor der Teilnahme an sogenannten Rußlanddelegationen zitiert. Dadurch sollen die ganz konkreten Angaben Künstlers nachträglich als unglaubwürdig hingestellt werden.

Die kommunistische Presse kann das Schwindeln so wenig lassen wie die Kage das Mäusen.

## Kritik nicht erlaubt.

Bürgermeister möhregelt Stadtverordneten.

Bad Segeberg (Holstein), 21 März. (Eigenbericht.)  
Wegen des Verdachts, einen trübsüßigen Artikel über die Kommunistenpolitik des Magistrats in der sozialdemokratischen „Kleiner Volkszeitung“ veröffentlicht zu haben, wurde hier ein sozialdemokratischer Stadtverordneter vor Beginn einer Stadtverordnetenversammlung durch den Bürgermeister Glener von der Sitzung ausgeschlossen. Der Ausschluß wurde durch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion haben sich sofort be-

schwerbeführend an den Regierungspräsidenten gewandt, da sie der Meinung sind, daß ein preuzischer Bürgermeister nicht das Recht hat, die Geschäfte nach Gutdünken zu führen.

## Frauen gegen Bürgerkriegsheker.

Das Kölner Abstimmungsergebnis.

In Köln wählten am 18. März Männer und Frauen getrennt. Von den Männern wählten 216 405 oder 84,7 Proz. Wahlberechtigte; von den Frauen 224 862 Wählerinnen oder 76 Proz. Wahlberechtigte. Es erhielten Stimmen:

Duesterberg	2 557 (1,2 %)	Männer	2 286 (1,0 %)	Frauen
Hindenburg	116 114 (53,9 %)	"	150 892 (67,5 %)	"
Hüller	46 771 (21,7 %)	"	37 395 (16,7 %)	"
Lichtmann	48 974 (22,7 %)	"	32 318 (14,4 %)	"

Die Kölner Frauen haben sich prozentual auf viel stärker für Hindenburg eingesetzt als die Kölner Männer. Obwohl die Zahl der abstimmenden Frauen nur um 7157 höher ist als die der Männer, hat Hindenburg 34 778 Frauenstimmen mehr als Männerstimmen erhalten. Insofern zeigt das Kölner Ergebnis, daß die Frauen von der Parteien, die mit Bürgerkriegs- und Weltkriegsgedanken spielen, nichts wissen wollen.



# Weniger Schulen in Berlin

## Sinken der Schülerzahl — 18 Volksschulen werden Ostern aufgelöst

Der Stadterordnungsversammlung geht jetzt eine Vorlage zur Kenntnisnahme zu, in der die „planwirtschaftlichen Maßnahmen“, die zu Ostern 1932 auf dem Gebiete des Volks-, Mittel- und höheren Schulwesens durchgeführt werden sollen, mitgeteilt werden.

Die Zahl der Volksschüler hat sich seit dem Jahre 1921 um mehr als 100 000 (377 000 auf 274 000) verringert. Eine entsprechende Verminderung der Zahl der Klassen und Schulen ist jedoch nicht vorgenommen, sondern der Ausgleich durch Herabsetzung der Durchschnittsfrequenz der Klassen geschaffen worden, die 1929 32,3 betrug, zur Zeit 36,2 beträgt. Eine Zunahme der Schülerzahl, durch die eine Erhöhung der durchschnittlichen Klassenbesetzung von selbst wieder eintreten würde, ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten; es ist vielmehr mit einem weiteren Sinken der Schülerzahl zu rechnen. Bei der augenblicklichen Wirtschaftslage ist es nach Meinung des Magistrats nicht zu rechtfertigen, daß die gegenwärtige Durchschnittsfrequenz, die an den Volksschulen Berlins zu den niedrigsten in ganz Preußen gehört, für die Zukunft beibehalten wird; sie soll daher zunächst auf 37,5 hinaufgesetzt werden. Hierdurch wird die Auflösung einer Reihe von Schulen bedingt; die freiwerdenden Schulgebäude werden zum Teil der Berufsschulverwaltung, deren Schulen in erheblichem Umfange noch in Mietshäusern untergebracht sind, zur Verfügung gestellt werden können.

### Welche Schulen verschwinden sollen.

- Im einzelnen handelt es sich um die Auflösung folgender Volksschulen in den Bezirken 1 bis 6:
- 74. Volksschule, Pappelallee 30/31, mit 10 Klassen u. 2 E-Klassen,
  - 79. Volksschule, Pappelallee 30/31, mit 8 Klassen,
  - 112. Volksschule, Wasserlorenzstraße 31, mit 5 Klassen,
  - 129. Volksschule, Wasserlorenzstraße 31, mit 8 Klassen,
  - 85. Volksschule, Dübener Straße 11—16, mit 8 Klassen,
  - 284. Volksschule, Schönhafer Straße 11, mit 8 Klassen,
  - 19. Volksschule, Ruheplatzstraße 5—7, mit 9 Klassen,
  - 166. Volksschule, Ruheplatzstraße 5—7, mit 7 Klassen,
  - 268. Volksschule, Frankfurter Allee 37, mit 9 Klassen,
  - 88. Volksschule, Nigaer Straße 81/82, mit 7 Klassen,
  - 167. Volksschule, Puttbusser Straße 22, mit 9 Klassen,
  - 175. Volksschule, Puttbusser Straße 22, mit 8 Klassen,
  - 50. Volksschule, Reichenberger Straße 44/45, mit 12 Klassen,
  - 68. Volksschule, Reichenberger Straße 44/45, mit 11 Klassen;
- in dem Bezirk Charlottenburg: 3. Volksschule, Schloßstraße 2, mit 9 Klassen;

in dem Bezirk Zehlendorf: 6. Volksschule, Schwanenwerder, mit 1 Klasse;  
in dem Bezirk Neukölln: Hilfschule, Bergstraße 13, mit 6 Klassen;  
in dem Bezirk Lichtenberg soll vom Beginn des neuen Schuljahres ab die Volksschule 38 allmählich aufgelöst werden.  
Außerdem soll eine Anzahl von Schulen mit Nachbarschulen zusammengelegt werden. Die hierdurch freiwerdenden Schulgebäude sollen für folgende Zwecke zur Verfügung gestellt werden: Pappelallee 30/31, Berufsschulverwaltung; Wasserlorenzstr. 31, Berufsschulverwaltung; Dübener Straße 11/16 (Baraden), Bezirksamt; Schönhafer Straße 11 (Baraden), Bezirksamt; Ruheplatzstraße 5/7, 14, Hilfs- und 3. Sprachheilschule; Frankfurter Allee 37, Aufbauschule Friedrichshagen; Nigaer Straße 81/82, Volksschulen, die bereits in demselben Hause untergebracht sind; Puttbusser Str. 22, 223. Volksschule aus der Puttbusser Str. 3, in deren Gebäude zwei Sonderschulen gelegt werden; Reichenberger Straße 44/45, Berufsschulverwaltung; Christianstraße 4—6, Berufsschulverwaltung; Auguststr. 67/68, 180. Volksschule, die sich jetzt in demselben Hause befindet; Charlottenburg, Schloßstraße 2, Hilfschule Kirchstraße, deren Räume zu Verwaltungszwecken verwendet werden.

### Die Veränderungen bei den höheren Schulen.

Auf dem Gebiete des Mittelschulwesens tritt nur eine Veränderung in dem Bezirk Neukölln ein; hier werden die 1. und 2. Mittelschule, Domstraße 120—127, mit zusammen 20 Klassen zu einer Schule vereinigt.  
Auch die Zahl der Schüler der höheren Lehranstalten hat sich während des letzten Jahrzehnts erheblich vermindert; sie betrug im Jahre 1920 rund 85 500 Schüler, im Winterhalbjahr 1931/32 rund 71 000 Schüler. Der Grund hierfür liegt in dem Rückgang der Geburtenziffern und in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Da eine Zunahme der Schülerzahl in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist, werden zu Beginn des Rechnungsjahres 1932 folgende planwirtschaftliche Maßnahmen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens durchgeführt werden: Umwandlung des Vereinigten Friedrichs- und Humboldt-Gymnasiums in ein Reformrealgymnasium und Zusammenlegung der Robert-Zelle-Realschule mit dieser Anstalt; allmähliche Auflösung der Zahn-Realschule; allmähliche Auflösung der Fontane-Realschule in Charlottenburg; Zusammenlegung des Hohenzollern-Oberlyzeums und des VII. Lyzeums in Wilmersdorf; Zusammenlegung des Dürer- und Elisabeth-Lyzeums in Lichterfelde; Auflösung der Aufbauschule an der Räte-Rosenthal-Schule in Neukölln; Vereinigung der Realschule in Brix mit der Adreht-Dürer-Realschule in Neukölln.

## Im Schlafe ermordet.

### Grauenvoller Doppelmord eines Knechtes. — Das Haus in Brand gesteckt.

Delsnig i. Vgl., 21. März.  
In der kleinen Gemeinde Zaulsdorf bei Delsnig beobachteten in der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr Einwohner, daß in dem Anwesen des Gutsbesizers Gustav Wolf ein Brand ausgebrochen war, der erheblichen Umfang anzunehmen drohte. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden, so daß nur die große Scheune mit reichen Erntevorräten ein Opfer der Flammen wurde.  
Da das Ehepaar Wolf nicht erschien, wurde eine Leiter an das Fenster der Schlafstube gelegt, auf der der 19jährige Knecht Morgner emporschwang. Er rief den Untenstehenden zu: „Die leben nimmer, die sind tot!“ Es stellte sich heraus, daß eine grauenvolle Mordtat begangen worden war. Der Mörder hatte mit einem Beil oder einem anderen stumpfen Gegenstand auf das Ehepaar im Schlafe eingeschlagen. Die 46 Jahre alte Frau Wolf war sofort tot, während der 54 Jahre alte Ehemann zwölf Stunden später im Krankenhaus Delsnig gestorben ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Als des Mordes verdächtig wurde der Knecht Morgner verhaftet.

## Der geheimvolle Stromberg.

### Der angeklagte Rechtsanwalt Türt im Uralzeff-Prozess.

Die Verhandlung gegen Uralzeff hört sich wie ein Kriminalroman an. Hat das Rußengeschäft existiert oder hat es das nicht? Hat ein Stromberg, durch den Uralzeff das Rußengeschäft gemacht haben will, existiert oder ist es eine erdachte Persönlichkeit?  
Uralzeff schwört Stein und Bein: das Rußengeschäft hat existiert und auch einen Stromberg gibt es. Lebt er aber noch, so gibt sich Uralzeff der Hoffnung hin, daß er das Geld zurückerhält, denn Stromberg ist ein anständiger Mensch. So Uralzeff über seinen Freund Stromberg.  
Aber auch sein Mitangeklagter, der Rechtsanwalt Dr. Türt, ist von der Realität des Rußengeschäfts und seines Trägers, des geheimnisvollen und unauffindbaren Stromberg fest überzeugt. Er hat seinerzeit als Anwalt in Dresden für Uralzeff eine Urteilsentscheidung in Sachsen durchgesetzt und erhielt als sein Rechtsbeistand seiner drei Gesellschaften ein Monatsstipendium von 1500 Mark. Zum ersten Male trat er mit der Raiffeisen-Bank anlässlich des Rußengeschäfts in Verbindung, als er dieser angeblich aus eigener Kenntnis bestätigte, daß die Waren tatsächlich nach Rußland geliefert worden seien und daß die Verzögerung nur durch das Fehlen einer ministeriellen Genehmigung zustande gekommen sei. Vor Gericht ergibt sich, daß seine „eigene Kenntnis“ aus dem Munde von Uralzeff stammte. Als die Auszahlung der Summen durch die Pariser Handelsvertretung immer wieder nicht erfolgte, fuhr er im Auftrage Uralzeffs und der Raiffeisen-Bank nach Paris, um hier mit Stromberg in Verbindung zu treten. Er fand ihn nicht und telegraphierte nach mehreren verfruchteten Telefongrammen, daß er nun die Anerkennung der Schuld durch die russische Regierung gesehen habe. Diesem Dokument folgten später die Schuldscheine, die angeblich die Pariser Handelsdelegation dem Angeklagten Uralzeff ausgestellt haben sollte. R. M. Dr. Türt ist laut seiner Behauptung mit Stromberg zusammengetroffen. Also existierte er. Ebenso das Rußengeschäft. Beide Angeklagten versprechen, im Laufe der Verhandlungen den Beweis dafür zu erbringen, daß das Rußengeschäft wirklich existiert habe. Warten wir also ab. Die Verhandlung geht Mittwoch weiter.

## Von der Straßenbahn zu Tode geschleift.

An der Ecke Stubenrauch- und Riesestraße in Tempelhoferhof ereignete sich gestern abend ein entsetzlicher Unfall. Der 37 Jahre alte Aufseher Mathias Fuhs aus der Stavenhagener Straße 4 in Brix wurde dort mit seinem Fahrrad von einer Straßenbahn erfasst und mehrere Meter mitgeschleift, ehe es dem Straßenbahnführer gelang, sein Fahrzeug zum Stehen zu bringen. Der Verunglückte konnte nur noch als Leiche hervorgezogen werden.

Vertagung der Girokasse 123 der Berliner Stadtbank. Die Girokasse 123 der Berliner Stadtbank — Girozentrale der Stadt Berlin — befindet sich ab Dienstag, 29. März, in neuen Geschäftsräumen in Berlin-Schöneberg, B. 30, Gleditschstr. 40. Die Girokasse ist wie bisher über G1 Stephan 1991/92 und 3711/12 telephonisch zu erreichen.

## Lügen über das Reichsbanner.

### Die durchsichtigen Ablenkungsmanöver der Ertpapen.

Die Pressestelle des Reichsbanners teilt mit:  
Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ und der „Tag“ berichten in ihren Sonntagsausgaben über einen Waffensfund in einer „Kaserne der Eisernen Front“ in Brix. Zu dieser Mitteilung ist festzustellen, daß „Kasernen“ der Eisernen Front nur in der Phantasie der Hugenberg-Redakteure bestehen. Zutreffend ist, daß sich bei der Kontrolle der Waffen eines Kleinkaliber-Schützenvereins in Brix, der im Reichsbannerheim Unterkunft gefunden hat, Unstimmigkeiten zwischen Bestand und Anmeldeliste ergaben. Auch der tendenziöse Hinweis der Hugenberg-Blätter, daß auf dem Grundstück das bezeichnende Schild stehe „Betreten bringt Lebensgefahr“ erklärt sich harmlos. Da sich auf dem Grundstück Baugruben befanden, hat sich der Besitzer für verpflichtet gehalten, durch eine Warnungstafel darauf hinzuweisen, daß das Betreten des Grundstücks mit Gefahren verbunden ist. Die Tafel steht übrigens etwa 300 Meter von dem Heim entfernt.  
Dieser Sachverhalt läßt erkennen, daß es sich noch nicht einmal um eine Bagatelle handelt. Dem „Angriff“ gibt der Vorgang jedoch willkommenen Gelegenheit zu einem Manöver, das die Aufmerksamkeit von der durch die Preußen-Aktion schwer belasteten RSDAP ablenken soll. Unter verlogenen Überschriften wie „Eiserne Front putschbereit!“ und „Die Eisernen Front unter Waffen marschbereit!“ phantasiert das Goebbels-Blatt drei Spalten von „Bürgerkriegsvorbereitungen des Reichsbanners und der Eisernen Front“ und

richtet an die Adresse des Reichsinnenministers den Appell, zuzupacken. So verlogen wie die knalligen Überschriften sind auch die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen. Es ist nicht wahr, daß auf dem Gelände in Brix nächstherweise viel gegraben worden ist, es ist ferner nicht wahr, daß sich dort Waffenlager des Reichsbanners befinden, und es ist endlich nicht wahr, daß sich am Wahlsonntag 230 Reichsbannerleute mit gepackten Tornistern und einheitlichen Schupomanteln in dem Heim aufgehalten haben. Das Reichsbanner besitzt keine Waffenlager und hat keine Vorbereitungen zum Bürgerkrieg getroffen.

Mit diesem Schwindelmanöver wird es dem „Angriff“ nicht gelingen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den hochverräterischen Plänen der RSDAP abzulenken, die durch die preußische Polizeiaktion enthüllt worden sind.

### Berlin dankt den Wahlhelfern.

Eine Danksagung an die bei der Reichspräsidentenwahl ehrenamtlich tätigen Bürger veröffentlicht Oberbürgermeister Dr. Sahm im Amtsblatt der Stadt Berlin: Bei der Durchführung des ersten Wahlganges der Wahl des Reichspräsidenten am Sonntag, dem 13. März 1932, sind mehr als 20 000 Berliner Bürgerinnen und Bürger in den Abstimmungsstellen als Abstimmungsleiter, Abstimmungsbeobachter, Wahlhelfer, Beisitzer und Schriftführer ehrenamtlich tätig gewesen. Für die hierbei geleistete Arbeit spreche ich allen Beteiligten im Namen der Stadt meinen verbindlichsten Dank aus.

# Wir fragen Sie heute:

Sollen wir das volle Format unserer Juno verringern, mindere Tabake verwenden, nur um wesensfremde Zugaben beilegen zu können?

## Worauf legen Sie Wert?

### Doch wohl darauf, dass

# JUNO

## die alte bleibt.

Jede Zugabe in Form von Gutscheinen, Wertmarken oder Stickereien, müßte aber unsere Juno in irgendeiner Form beeinträchtigen!

# Das wollen weder Sie noch wir.



## Die Jugendweihen.

Am letzten Sonntag wurde in den verschiedenen Stadtteilen die Reihe der Jugendweihenveranstaltungen fortgesetzt.

In Reutlingen hatte sich im großen Saal der „Neuen Welt“ eine außerordentlich zahlreiche Gemeinde eingefunden, die Feier wurde hier von der „Arbeitsgemeinschaft proletarische Kunst“ (Chöre und Orchester der Freien Schulgemeinde Pantstraße) getragen. Nach der Einführung einer stattlichen Zahl Weihenlieder und Gesangsdarbietungen des gemischten Chors leitete eine Suite für Streichorchester über zu dem Weihenlied „Seid geweiht“ von Bruno Schönlant. Das in Berlin bereits mehrmals aufgeführte Weihenlied war auch gestern wieder, in einer guten szenischen Gestaltung, sehr wirkungsvoll. Einzelsprecher und Chöre, auch die Kinder, ausgezeichnet. Der gemeinsame Gesang der Internationale beendete das Spiel und die Weihstunde.

Den Höhepunkt der diesjährigen Jugendweihen dürfte die Feier in der „Volksbühne“ darstellen. Hier brachte man statt eines aus Gesang, Rezitation und Musik zusammengesetzten Programms ein die Feierstunde völlig ausfüllendes Weihenlied von Walter May „Zum Lande der Gerechten“ zur Ausführung. Das Thema ist ähnlich wie bei Schönlant: Der Jugendliche nimmt Abschied von den Spielen der Kindheit und will gläubig einer erträumten Zukunft entgegenstreiten. Doch überall, nach welcher Seite er auch gehen will, wird er bedrängt von der Not und dem Elend unserer Zeit. Seine verfluchte Hoffnung wird wieder aufgerichtet von der Arbeiterjugend, von der Solidarität des kämpfenden Proletariats. In diese Kampfgemeinschaft reißt er sich ein, und mit ihm die Weihenlieder. „Wir fahren in die neue Zeit: zum Lande der Gerechten.“ Dies kurz der Sinn des Spiels, das durch die hingebende Arbeit aller Beteiligten die Weihstunde zu einer wahrhaft unvergesslichen und erhebenden Feier erhob. Der Junge Chor, die Sprechergemeinschaft Niederhöhnhausen, das Streichorchester der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Kinderbewegungsschar der Lebensgemeinschaftsschule Niederhöhnhausen gaben ihr Bestes. Martin Gleißner, der für die Bewegungsschar verantwortlich zeichnete, hatte, vor allem in dem großartigen Aufbau des Schlussbildes, Hervorragendes geleistet. Hier war wirklich eine neue Festgestaltung erreicht worden.

## Zepp nach Südamerika.

In der ersten Morgenstunde mit 9 Passagieren gestartet.

Friedrichshafen, 21. März.

Bei recht günstiger Wetterlage und nahezu Vollmond startete das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 0.34 Uhr zu seiner ersten diesjährigen Brasilienfahrt mit neun Passagieren an Bord. Dr. Scherer ist als Kommandant an Bord. Bis Spanien und bis zur westafrikanischen Küste ist die Fahrt gut verlaufen.

Drei Neuerungen am „Graf Zeppelin“ fallen auf. Die an der Bugspitze bisher befindlichen Brenngaszellen sind ausgebaut und durch einhundertprozentige Gaszellen ersetzt. Das Schiff trägt dadurch etwa 1500 Kilogramm mehr. Die Passagierkabine hat ein Fenster zum Decken erhalten. Die Lichtergondel ruht beim Aus- und Einfliegen auf einem schalen Gondelwagen, der sich auf einem Schienengleis bewegt. Voraussetzungen sind der französische Kolonialplatz Dakar an der westafrikanischen Küste angefahren werden, ohne daß eine Landung vorgenommen werden soll, um die Möglichkeit einer Postübernahme festzustellen. Die Verhandlungen des Luftschiffbaues Zeppelin mit der französischen Aéro Postale wegen gemeinsamer Beförderung der Südamerika-Post sind inzwischen gut fortgeschritten.

## Ein achtzigjähriger Kämpfer.

Genosse Karl Kühn, Lichtenberg, Sonntagstr. 6, wird heute 80 Jahre alt. Von Beruf Schuhmacher, schloß er sich schon in jungen Jahren seiner Berufsorganisation an. Lange Jahre hindurch war er eifriges Mitglied des Arbeiterabfahrerbundes „Solidarität“. In den schweren Wahlkämpfen der Vorkriegszeit stand Karl Kühn stets seinen Mann. Noch heute ist er aktiv in der Partei und im Reichsbanner, Kameradschaft Travelpfad, tätig. Noch heute geht er mit zur Flugblattverbreitung. Die 116. Abteilung des 17. Kreises hofft, den treuen Genossen noch recht lange bei bester Gesundheit und Frische in ihrer Mitte zu sehen.



Aus dem Russischen Übertragen von Werner Bergengruen.

Nachts wurde im Waggon gefungen. Bisher war das nicht möglich gewesen. Das Begleitkommando war so gnädig, daß es uns nicht nur gestattete, ungehindert miteinander zu sprechen und uns innerhalb des Waggons frei zu bewegen, sondern sogar zu singen. Als erster stimmte ein sympathischer Tenor in der Gruppe der Politischen im Nachbarabteil an, dann fielen seine Kameraden ein und sangen im Chor. Sie sangen gedämpft und so, als wären sie ihrer Sache nicht gewiß. Späterhin verstärkten sich die Stimmen und da in gefüllten sich auch zwei Frauenstimmen dazu. Sie sangen alte Studentenlieder, melancholische und langgezogene Melodien, und zuletzt kam ein Gefängnislied an die Reihe.

Wie das Herz des Tyrannen, wie Trug und Verrat, so schwarz ist die Herdennacht vor Hahnentrakt. Doch schwarzer noch wächst aus dem Reibel heroor ein düsteres Phantom: das Gefängnislied.

Die traurigen Lieder lasteten offenbar so sehr auf der Stimmung der Sänger, daß der Chor bald verstummte. Nur eine Frauenstimme fuhr mit einer hübschen Melodie fort. Ich erkannte die Stimme wieder. Unter den Politischen gab es zwei Frauen, dies war die ältere, etwa fünfundsiebzigjährige, im grauen Arrestantenrock, dessen Kragen ein roter Streifen umlief. Diese Frau war sehr blaß, und ihre gelbliche Gesichtsfarbe zeugte von vielen, im Gefängnis verbrachten Monaten. Ihr herbes, ruhiges Gesicht erinnerte an altertümliche Porträts oder auch an Frauenbilder aus der großen Heroenzeit des russischen Terrorismus. Tags kam sie manchmal in unser Abteil, um mir etwas zu essen zu bringen, das sie von den bescheidenen Vorräten der Politischen übrig behalten hatte. Ein Mann, der sich für den Bruder eines der Politischen ausgab, fuhr die ganze Zeit über mit ihnen im gleichen Zuge und ließ ihnen auf den Stationen oder Halte-

# Noch immer die teure Molle.

## Der Reichsfinanzminister wartet auf den Preiskommissar.

Die Gastwirte haben es gegenwärtig wieder einmal schwer. Die Gäste fragen nach der Bierpreisfestung, weil der Beschluß der Steuerfestung vorliegt. Die Gastwirte bekommen das Bier aber immer noch zum alten Preis, weil die Steuerfestung noch nicht in Kraft gesetzt ist.

Am 20. sollte die Steuerfestung in Kraft treten, so wurde allgemein erwartet. Das Reichsfinanzministerium hat sich aber den Zeitpunkt vorbehalten; die Biersteuerfestung ist tatsächlich noch nicht in Kraft gesetzt, und infolgedessen die Bierpreisfestung auch nicht. Es ist nämlich noch zwischen dem Preiskommissar einerseits und den Brauereien und Gastwirten andererseits festzulegen, um wieviel der Bierpreis gesenkt wird. Der Reichsfinanzminister hatte zunächst 15 Pf. Preisfestung pro Liter verlangt; er hat sich dann mit einer Verbilligung um 12 Pf. begnügt, was ungefähr 4 Pf. für die Molle ausmacht. Das Reichsfinanzministerium will nun sicher-

gehen, daß diese Verbilligung um 12 Pf. auch wirklich durchgeführt wird und daran: steht der Termin für die Herabsetzung der Biersteuer noch aus.

Der Leidtragende ist bisher natürlich der Verbraucher, der mit Recht auf die billigere Molle wartet. Es sieht ganz so aus, als ob auch dieses Mal wieder Schwierigkeiten entstehen sollten in der Frage, wer den größeren Teil der Preisfestung zu tragen hat. Auf den Liter macht die Steuerfestung in Berlin 7 Pf. aus. Die restlichen 5 Pf. sollen von den Brauereien und den Gastwirten zusammen getragen werden. Eine gerechte Lösung wäre es nun, daß die Berliner Brauereien die vollen 10 Proz. Preisfestung der Notverordnung auf sich nehmen, also von den 5 Pf. 2 1/2 Pf., so daß auf die Gastwirte noch 2 1/2 Pf. pro Liter entfallen würden. Das entspricht auch dem, was die Brauereien seinerzeit, als sie die Biersteuerfestung gefordert haben, versprochen hatten. Sie erklärten sich ausdrücklich bereit im Falle einer Biersteuerfestung „ihren Anteil“ zu tragen, weil sie sich von einer Biersteuerfestung eine entsprechende Abjagstlagerung versprochen. Freilich haben die Brauereien damals 10 M. Steuerfestung je Hektoliter verlangt.

Jetzt, wo eine beträchtliche Steuerfestung durchgeführt ist, wollen die Brauereien ihre damals gemachte Zusage nicht wahr haben, und sie behaupten sogar, daß sie nicht einmal die vom Preiskommissar angeordnete Verbilligung um 2 Mark je Hektoliter tragen können.

Wir sind der Meinung, daß der Preiskommissar hier sehr schnell und sehr entschlossen zu handeln hat. Der Verbraucher hat einen Anspruch auf die Bierpreisfestung, die keinen Tag überflüssigerweise verzögert werden darf. Die Berechtigung verlangt, daß die Brauereien den größeren Teil der durch die Biersteuerfestung noch nicht gedeckten Verbilligung zu übernehmen haben. Die Gastwirte ihrerseits weisen mit Recht auf ihre wirtschaftlich sehr schwere Lage hin und können auch nicht einfach zusehen, daß ihnen die Rundschaft wegen der Hinauszögerung der Bierverbilligung einfach wegbleibt.

Der Bezirksverband Brandenburg-Granitz hält seinen diesjährigen

## ordentlichen Bezirksparteitag

am Freitag, dem 25. März cr. (Karfreitag), vormittags 10 Uhr, in Berlin im Landtag (Saal 5) ab.

Tagesordnung:

1. Der Kampf um Preußen. Referent: Genosse Ernst Heilmann.
2. Bericht des Bezirksvorstandes. Berichterstatter: Wilhelm Krüger.
3. Aufstellung der Kandidaten zum Preussischen Landtag.
4. Wahlen
  - a) zum Zentralvorstand
  - b) der Revolutoren
5. Anträge, soweit sie durch vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

## Nord im Weinrausch.

Rumänische Offiziere erstechen serbische Kellner.

Bukarest, 21. März. (Eigenbericht.)

Am Sonntagabend waren in Bukarest fünf Leutnants der Bukarester Garnison zu einem Festgelage versammelt. Nach Mitternacht, als der Wein ausgegangen war, begaben sich zwei, die Brüder Petreanu, völlig betrunken in ein in der Nähe befindliches Restaurant, um neuen Wein zu holen. Dabei gerieten sie mit den Kellnern des Restaurants in Streit über die Qualität des Weines. Im Verlauf des Streites zogen die Offiziere blank und stachen die beiden Kellner nieder. Der eine war sofort tot, der andere liegt in hoffnungslosem Zustande danieder. Die Offiziere wurden verhaftet. Da die beiden Kellner Serben sind, hat der südslawische Gesandte einen Bericht angefordert.

## Vom Sklarek-Prozess.

Kellner läßt den Zeugen Brotat unvereidigt.

Das Gericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Kellner, der wegen seiner voreiligen Meinungsäußerung über den Direktor Brotat im Dienstaufsichtswege gerüffelt worden ist, ließ gestern im Sklarek-Prozess den Zeugen Brotat wegen Verdachts der Begünstigung unvereidigt. Den Verdacht der Begünstigung erblühte das Gericht in der Tatsache, daß Brotat den Stadtbauinspektoren von ihren offenstehenden Rechnungen bei Kellner u. Furch Mitteilung machte und in dem Besuch beim Obermagistratsrat Brandes, mit dem er über die Sklarek gesprochen hat.

## Kagenellenbogen vor dem Reichsgericht.

Die Staatsanwaltschaft I legt gegen das am Sonntagabend verkündete Urteil im Prozeß gegen Kagenellenbogen, Penzlin, Dr. Sobernheim, Kuhlmeß und Junke in vollem Umfang Revision ein. Die Revision soll vor allem der Nachprüfung des Urteils der Strafkammer dienen, so daß sich das Reichsgericht mit allen Transaktionen bei der Schultheiß-Bayenhofer Brauerei A.-G. und deren rechtlicher Nachprüfung zu beschäftigen hat. Das Urteil lautete bekanntlich gegen Kagenellenbogen wegen Bilanzverschleierung auf drei Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe und bei Penzlin wegen Bilanzverschleierung auf 30000 M. Geldstrafe. Von der Anklage der Untreue war Kagenellenbogen freigesprochen, das Verfahren wegen Vergehens gegen § 88 des Börsengesetzes gegen Kagenellenbogen und Penzlin wegen Verführung eingestellt worden. Die drei mitangeklagten Generaldirektoren Dr. Sobernheim, Kuhlmeß und Junke wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

## Schüler spielen Molière.

Molière-Abend in der Schinkel-Oberrealschule, Carmen-Ensemble. Ge spielt wird der „Geizige“, „entstaubt“ und modernisiert von Studentrat Prose, gespielt von der erquickend-lebendigen Schillerchar. Prädigt vertreteneri und verlässig schlarzt der alte Harpagon durchs Geschehen, bestgehaßt und affiziert von Nachwuchs und Personal. Elise, das verteilte Töchterchen, Marianne, präsumtive Stiefmutter und nachmalige Gattin von Harpagon junior und Frostine, die famos kuppelnde Heiratsvermittlerin, hatten allesamt ihr fählend Herz in einer starken Männerbrust; sie sahen aber so „weiblich“ aus und wußten so tofekt die Augenlein zu verdecken, daß erst beim sonoren Klang der Stimme die Illusion

stellen durch die Begleitmannschaften Lebensmittel zukommen. Daher hatten sie denn gegenseitlich einen bescheidenen Ueberfluß.

Als der Gesang bei den Politischen verstummte war, stimmten die Tüppelbrüder ein Lied an. Es waren ihrer vier. Die übrigen fielen ein. Sie sangen nicht sehr laut, aber ganz vortrefflich. Diese Landstreichler machten nach Stimmen, Singfertigkeit und Liedkenntnis den Eindruck eines alten Quartetts.

Unter ihnen war ein weicher und angenehmer Tenor. Der Mann ohne Gedächtnis sang mit einem tiefen, aus der Brust strömenden Bariton von innigem Schmelz. Ihre Wieder waren alte Gefängnislieder von unendlicher Schwermut. Die ganze Tröstlosigkeit des sibirischen Urwaldes, alles Grauen der Gefängnisse und Zwangsarbeitshäuser, alle Qualen jahrelanger Fesseln, jahrelangen Zwanges, aller Kummer der gequälten Seele, alle Trümmerei von einer Wohnung, von einem bescheidenen menschlichen Glück, einer bescheidenen keinen Freude — all das sprach aus diesen primitiven, manchmal naiven, aber immer echt empfundenen Liedern. Die kunstlosen Verse empfingen ihr Leben von den menschlich ergreifenden und zugleich melancholischen Motiven und von einer dazwischen ausbrechenden menschlichen Wärme. Das letzte Lied, das sie sangen — ich hatte es schon früher gehört, ist in meinem Gedächtnis haften geblieben:

Still die Nacht. Jetzt sel behende!  
Ach, das Gitter ist zu fest,  
Und die Pforten sind vergeschlossen —  
Eisen, das nicht locker läßt.

In dem düstern Lampenschein  
auf den langen Korridoren  
geht der Posten auf und ab,  
und es klirren seine Sporen.

„Kofen!“ — „Herr?“ „Ach, stell dich schlafend,  
hab Erbarmen, hilf du mir.  
Mach die Wauer übersteigen,  
muß ins grüne Waldrevier.

Will die alte Mutter küssen,  
Frau und Kind noch einmal seh'n.  
Hör den Schwur! Ich lehre wieder,  
solst es auch zu Tode geh'n.“

„Herr, wir sind ja alle Brüder.  
Hilf dir gern, doch kann ichs nicht.  
Morgen kommen die Genräde,  
stellen mich vor Kriegsgericht.“

Will ja nicht die Kugel fürchten,  
Kugel kann darrnherzig sein.  
Doch dann heißt es: Angetreten!  
Und sie stehen in langen Reih'n.

Rufenlaufen wird ich müssen  
längs und quer durch Bataillon.  
Und als eine blutige Beise  
fährt der Karren mich davon.“

In Krasnojarsk wurde ich als Heeresangehöriger nicht ins Gefängnis, sondern in die Militärstrafanstalt gebracht. Das schien durchaus logisch. Aber warum war ich denn in sämtlichen anderen Städten zusammen mit allen übrigen Häftlingen ins Gefängnis geschickt worden? Offenbar unterlag das dem persönlichen Ermessen des Begleitkommandos, das in diesem Falle eben entschieden hatte, ich gehöre in die Militärstrafanstalt.

Hier war der Zuschnitt ein gänzlich anderer; es gab Vorschriften, die mir neu waren, und die Verfehlungen, wegen deren die Soldaten hier saßen, hatten nichts mit den Verbrechen gemein, die ich in den Gefängnissen kennengelernt hatte.

Als höchster Vorgesetzter fungierte hier der wachhabende Kommandant, der alle vierundzwanzig Stunden von einem anderen Offizier der Krasnojarsker Garnison abgelöst wurde. Das Regime in der Militärstrafanstalt war schon aus diesem Grunde ein gänzlich anderes als das im Gefängnis. In mancher Hinsicht war es härter. Man durfte weder auf den Prüßchen liegen noch rauchen.

Die Verbrechen, wegen deren die Soldaten hier saßen, waren meist von der Art, daß sie von keinem normalen menschlichen Blickpunkt aus als Verbrechen hätten erkannt werden können. Allein unter dem Gesichtswinkel des Militärreglements betrachtet, stellten sie sich als schwere Gesetzesübertretungen dar und wurden streng bestraft.

Militärische Vergehen wurden nicht nach den sonst geltenden Gesetzen geahndet, sondern nach speziellen militärischen. Die Soldaten wurden nicht von einem bürgerlichen Gericht abgeurteilt, sondern vom Kriegsgericht und meistens sogar vom Standgericht, das heißt, von einem Gericht, in dem statt durchgebildeter Juristen die Frontoffiziere des Regiments saßen, dem der Beschuldigte angehörte.

Man kann sich leicht eine Vorstellung davon machen, wie viele harte und sinnlose Urteile es dort gab!

(Fortsetzung folgt.)



# Hermann Wendel: Goethe und wir

„Der erste deutsche Sozialist“ heißt klipp und klar Goethe in Hermann Heitners Darstellung. Schon einige Jahrzehnte vorher hatte sich Karl Grün, einer der Propheten des vorwärtslichen „wahren Sozialismus“, in einem 1846 zu Darmstadt erschienenen Buch, Weilling, Fourier und Proudhon anführend, um den Nachweis bemüht, daß Goethe in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ einen „entschiedenen Sozialismus“ als Prinzip einer werdenden Welt verkündet habe, etwas später tat der Geschichtsschreiber Ferdinand Gregorovius in „Goethes Wilhelm Meister in seinen sozialistischen Elementen“ dar, daß in dem Weimarer Großen „das Bemühtsein von der Weltbefreiung und Weiterführung durch die Arbeit“ gelebt habe und stellte die „Wanderjahre“ getrost mit den Gesellschafts-utopien von Plato, Thomas More, Campanella und Morelly in eine Reihe, und um die gleiche Zeit unerschützte der Hegelianer Karl Rosenkranz, inwiefern die Gedanken dieses Romans mit dem „modernen Sozialismus“ übereinstimmen. In der Tat bergen „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ neben Auseinandersetzungen über die Begriffe Besitz und Gemeingut den kühnen Entwurf einer Ordnung menschlichen Zusammenlebens, die die dem Privateigentum entziehenden Uebel nicht kennt. Nicht minder festsetzte der Plan der Saint-Simonisten, die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft durch ein sinnvolles System der Zusammenarbeit aller zu überwinden, Goethes Aufmerksamkeit, wenn er auch mehr die Kritik der Lehre als ihre Forderungen billigte. In dem Wirrtum der Meinungen, der sich zur Hundertjahrfeier seines Todes erhebt, hat also Goethe allem Anschein nach gerade dem Sozialisten mancherlei zu sagen.

Nur räuspert sich da schon, mit seinem Schicksalen herum-suchelnd, der deutsche Faschist in den Vordergrund und heißt den „Faust“-Schöpfer für sich und seine mit der Holzart zurechtgehauene Weltanschauung. Wirklich dürfen die Verächter von Demokratie und Republik in Goethes Gärten nach Herzenslust plündern. „Nichts ist“, meinte er einmal, und genau so könnte es auch im „Böfischen Beobachter“ stehen, „widerwärtiger als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich affomodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrifft, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will.“ Lieber die Mittel, „die widerspenstige Masse“ im Zaum zu halten, dachte er zuweilen wie ein ausgefuchter Reaktionsär von heute, an einem Weitergehen wie der französischen Revolution sah er bekümmert nichts als die Schattenzeiten, die heilige Allianz, das Bollwerk der niederträchtigsten Gegenrevolution, lobte er über den grünen Alee und wollte, großherzoglich weimarischer Staatsminister, der er war, seine Lebtag von Verfassung, Pressefreiheit, Gleichstellung der Juden und ähnlich neumodischem Kram nichts wissen. Können wir da mit Goethe mehr anfangen, als daß wir den Blütenstaub, den Kunstgeist seines poetischen Schaffens schürfen und ihn im übrigen preisgeben?

Aber so ist die Frage falsch gestellt. Wenn sich Goethe mit herausgekauften Platon so ziemlich für jede Anschauung nutzbar machen läßt, will er, um wahrhaft verstanden zu sein, so betrachtet werden, wie er die Welt betrachtete: als eine Einheit und denselben Segen von Ursache und Wirkung unterworfen wie die Natur. Daß dieser erleuchtete und umfassende Geist keinen historischen Nero hatte und das politische Geschehen als Beiläufigkeit fünften Ranges mißachtete, war nicht Schuld, sondern Schicksal. Als er, fast haar-scharf in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, geboren wurde, arbeitete sich das deutsche Bürgertum, auf den Hund gebracht durch die Verlegung der Seehandelswege und den Dreißigjährigen Krieg, eben aus neue aus dem Größten heraus; in dem trogig ungebildeten Dichter des „Göy“ und des „Werther“ treiben die Säfte und Kräfte dieser aufsteigenden Klasse, die nie wieder so hell, so frisch, so zukunftsgerichtet in die Welt schauen sollte wie aus den Augen des jungen Goethe. Aber die Gesellschaftsschicht, die ihn hätte tragen können und müssen, war doch noch zu lendenlahm und zu schwach auf der Brust, aus Eigenem die Erde zu ändern. Als Goethe, der die Dinge zu durchschauen begann, von einem klugen und scharfsichtigen Bekannten erfuhr, er sei eigentlich zum Volkredner geboren, entsagte er sich, „denn“, bekannte er, „hätte diese Eröffnung wirklich Grund, so wäre, da sich bei meiner Nation nichts zu reden fand, alles übrige, was ich vornehmen konnte, leider ein verfehlter Versuch gewesen“. Da in dem Deutschland, das eines öffentlichen Lebens ganz entbehrte, die Volkrednereigenschaft, das war: die politischen und sozialen Anlagen eines aus Wirken hindrängenden Menschen verkümmern mußten, verkehrte sich Goethe in das private Leben, indem er sich obendrein, um mehr Entwicklungsspielraum zu haben einem Duobezhof verschrieb und einen lumpigen Adelstitel annahm.

Durch diesen an sich kläglichen Verzicht aufs Handeln, ja, auf eine revolutionäre Stellung zu seiner Zeit gelangte aber Goethe dazu, eine Aufgabe, zu der ihn das Schicksal berufen hatte, in einziger Erfüllung zu bewältigen. Das Individuum, den Einzel-menschen, löste er nicht nur aus aller mittelalterlichen Gebundenheit, sondern meißelte auch den Begriff der Persönlichkeit zu wunderbarer Schärfe und Klarheit heraus. Keinen Augenblick seines Lebens dämmerte er triebhaft und dunkel hin; kein Tag verstrich ihm ohne geistigen Gewinn; alles, Verfertigung in sein Inneres, Verkehr mit Menschen, Beobachtung der Natur, mußte der Bereicherung seines Wesens, der Steigerung seines Ich dienen; was sich ihm nahte und war er aufnahm, wurde ihm zur wirkenden Kraft; bewußter ward nie ein Leben auf Vollkommenheit hin angelegt. Aber noch in anderer Richtung wurde Goethe reich, weil er so arm war, keiner wirklichen, geschlossenen, starken, selbstbewußten Gemeinschaft anzugehören; da ihn die irdischen Bindungen des Deutschen mit Recht jämmerlich dünkten, stellte er den Menschen ohne die Zwischenstufe einer Klasse oder einer Nation unmittelbar ins Weltall hinein. Und da er, anatomische, botanische, mineralogische, geologische, meteorologische und optische Studien aufeinander-türmend, mit dem Erkenntnis hunger seines Faust allenthalben nach den großen Zusammenhängen forschte und zu den Urformen und Hererscheinungen alles Seins vorzubringen strebte, ließ er den Menschen dem Kosmos unterworfen sein, das für das All gilt: dem der organischen Entwicklung. Möchte ihn darum auch das politische Elend der ihm umgebenden deutschen Kleinwelt zu den Anschauungen des aufgeklärten Despotismus bringen, so war Goethe doch alles andere als ein aufs Beharren eingeschworener Stillstandsfanatiker. Unverbrüchlich glaubte er an den Fortschritt des Menschen und der Menschheit: „Die Zeit ist in ewigem Fortschreiten begriffen, und die menschlichen Dinge habe alle fünfzig Jahre eine andere Gestalt, so daß eine Einrichtung, die im Jahre 1800 eine Vollkommenheit war, schon im Jahre 1850 vielleicht ein Gebrechen ist.“

Die wesentlichste Stufe dieses Fortschritts war für Goethe die Ueberwindung der Barbarei durch die Ziviltät. In sein Weltbild mit dem Befehl der organischen Entwicklung als Mittelpunkt paßte Umsturz und Gewalttat nicht hinein; seinem Wesen widersprach nicht nur die Revolution, sondern auch der Krieg, widersprach alles Verkrampfte, Grelle und Gefäßige. Er gestand, daß ihm nur Kultur und Barbarei Dinge von Bedeutung seien, rühmte sich seines vollkommen unriegerischen Sinns, verwarf den Grund-satz der „Realpolitik“, „eine Handlungsweise eine Staatsugend

zu nennen, die gegen die Tugend im allgemeinen geht“, und schenkte nicht nur seiner vom Völkerverfall zerrissenen Zeit in der „Iphigenie auf Tauris“ das Hohelied der reinen Menschlichkeit, die über finster blutrieftendes Barbarentum steigt. Die Sonne, die seiner Welt leuchtete, hieß Humanität, Menschlichkeit.

Auf Goethe kann sich denn, ohne sein Andenken zu schänden, niemand berufen, dessen verkrampfte, grelle und gefäßige Doktrin die Menschheit auf eine überholte Stufe blutbesudelter Barbarei zurückzuführen sucht. Wir aber fühlen uns ihm nicht nur durch den Glauben an die Gültigkeit des Entwicklungsgesetzes verbunden, sondern ehren auch sein Gedächtnis durch den täglichen Kampf für eine gesellschaftliche Ordnung, in der die von ihm verkündete freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Erhebung der Humanität zur großen Reglerin des Menschengeschicks erst möglich wird. Er begleitete Byrons Opfertod für die Sache der griechischen Freiheit mit dem verzagten Stoßseufzer, das Ideal und die gemeine Wirklichkeit mühten streng geschieden bleiben; er schüttelte im Jahre der Julirevolution traurig abweisend den Kopf über „das unver-

mildeste Streben ins Unbedingte in dieser durchaus bedingten Welt“. Wir aber wollen, die sozialen Bedingungen des Menschen wandelnd, ins Unbedingte vorstoßen, wir wollen, Handlanger der geschichtlichen Notwendigkeit, das Ideal in die Wirklichkeit übertragen. Aus Goethes gigantischem Werk, das hell widerhallt vom Ruf zum tätigen Leben, zum Wirken, zum Schaffen, zum Hand-regen, strömt dazu magische Kraft auf uns über, etwas

Von jenem Mut, der, früher oder später,  
Den Widerstand der stumpfen Welt bezieht.

Und wenn er von den „retardierenden Dämonen“ sprach, die überall dazwischen- und entgegenreten, „damit die Welt nicht so rasch zum Ziele kommt, als wir denken und wünschen“, und wenn Deutschland heute von solchen „retardierenden Dämonen“ wimmelt, so hat, sie gründlich auszutreiben, uns Goethe auch einen Zauber-spruch hinterlassen:

Feiger Gedanken bängliches Schwanken,  
Weibisches Jagen, ängstliches Klagen,  
Wendet kein Elend, macht dich nicht frei.  
Allen Gewalten zum Trug sich erhalten,  
Kimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,  
Rufet die Arme der Götter herbei!

## Dr. Gustav Radbruch: Goethe-Soziologie

Einer der feinsten Ausleger von Goethes Werk, Viktor Hehn, hat von dem „eigentlich bürgerlichen Himmel“ gesprochen, der über den meisten Dichtungen Goethes liege. Goethe war nicht umsonst dem Patriziat einer Reichsstadt entsprossen; er hat sich immer wieder zum Ideale des Bürgertums klar bekant:

„Wer ist das würdige Glied des Staates? Ein waderer Bürger.  
Unter jeglicher Form bleibt er der edelste Stoff.“

Nicht als ob Goethe ein bewußter oder gar revolutionärer Kämpfer für den Aufstieg seiner Klasse gewesen wäre. Man weiß, wie sehr er in der Gesellschaft wie in der Natur dem Vulkanismus gram, wie sehr er der Französischen Revolution abhold war. Er vollzog seinen Aufstieg nicht in und mit seiner Klasse, sondern als ein einzelner. In Deutschland, so heißt es an einer berühmten Stelle der „Lehrjahre“, sei nur dem Edelmann eine gewisse allgemeine, wenn ich so sagen darf: personale Ausbildung möglich. „Am denke dir irgendeinen Bürger, der an jene Vorzüge nur einigen Anspruch zu machen gedächte; durchaus muß es ihm gelingen und er mühte desto unglücklicher werden, je mehr sein Naturell ihm zu jener Art zu sein Fähigkeit und Trieb gegeben hätten.“ Goethe machte dabei des armen Werther gedenken, der ja nicht nur an seiner Liebe und an seinem Weltweh, sondern schon vorher an seinem bürgerlichen Stand inmitten einer adeligen Gesellschaft gescheitert war. „An diesem Unterschiede ist nicht etwa die Annahme der Götter und die Nachgiebigkeit der Bürger, sondern die Verfassung der Gesellschaft selbst schuld; ob sich daran noch einmal etwas ändern wird und was sich ändern wird, bekümmert mich wenig; genug, ich habe, wie die Sachen jetzt stehen, an mich selbst zu denken und wie ich mich selbst und das, was mir ein unerlässliches Bedürfnis ist, rette und erreiche.“ „Da ich ein Bürger bin, so muß ich einen eigenen Weg nehmen.“ Dieser eigene Weg führt Wilhelm Meister auf die Breiter: Als Schauspieler glaubt er am ehesten einen Erlag jener freien Bildung gewinnen zu können, die dem Edelmann vorbehalten ist. Um sich dem Druck zu entziehen, den in der Gesellschaft ein Stand auf den andern ausübt, tritt er ganz aus dieser Gesellschaft heraus — die soziologisch frei zwischen den Ständen schwebende Schicht der Künstler, der Literaten, der Bohème ist ja nicht selten eine Begleiterscheinung des Aufstiegs einer Klasse. Goethe selbst aber ging einen andern Weg als sein „geliebtes dramatisches Ebenbild“. Er fand den Zugang in höfliche Kreise, er stieg aus dem Bürgertum in den Adel auf, nicht als ein Emporkömmling, sondern als ein Edelmann, zwar nicht von Geburt, aber

von Geburt. Auch dies ist ja häufig Ankündigung und Neben-erscheinung sozialen Aufstiegs einer Klasse, daß, während die Klasse selbst auf vielfach gewundener Heerstraße langsam vorrückt, einzelne Mitglieder auf Nebenpfaden schneller die Höhe gewinnen.

Nirgends zeigt sich die bürgerliche Wesensgestalt Goethes deutlicher als in seiner Stellung zum Eigentum. Er hat der bürgerlichen Eigentumsauffassung ihre edelste Gestalt verliehen.

Epimetheus: Wie vieles ist denn dein?

Prometheus: Der Kreis, den meine Wirksamkeit erfüllt, nichts drunter und nichts drüber.

Faust: Was du ererbst von deinen Vätern hast,  
Erwirb es, um es zu besitzen.

Was man nicht nützt, ist eine schwere Last,

Nur was der Augenblick erschafft, das kann er nützen.

Der statischen Auffassung vom, einmal erworben, dauernd begründeten Privateigentum tritt hier eine dynamische Auffassung gegenüber. Es muß immer wieder mit Wirksamkeit erfüllt, genützt und dadurch immer von neuem erworben und erschaffen werden, es ist ein in immer neuer Zueignung und Neubildung dauernd gewirktes Werk. Kein Zweifel, daß Goethe bei dieser Eigentumslehre an die liebsten unter seinen Besitzstücken dachte, an seine Sammlungen. Sie stellen eines seiner großen Werte und nicht das geringste unter ihnen dar: auch in ihnen hat er seine Persönlichkeit ausgelebt, ausgewirkt und ausgedrückt, an ihnen ist ihm Eigentum als Persönlichkeitserweiterung und Persönlichkeitsausdruck, als Persönlichkeitsprojektion bewußt geworden. Auf die Persönlichkeit hingeworfen und von ihr durchwaltet, wird ein solches Eigentum zu einem organischen Ganzen, in dem jeder Einzelgegenstand durch seine Einordnung in Reihen verwandter Gegenstände an Wert, auch an wirtschaftlichem Wert gewinnt. Es entsteht eine neue Einheit, die wertvoller ist als die Summe ihrer Teile, durch sein Dasein selber wird das Eigentum produktiv. Sammelgeist stellt oft nur die eine Seite des Eigentums in chemischer Reinheit dar: der „Kastriationsmännchen“ freut sich nicht sowohl an der Sache selbst als an ihrem Alleinbesitz, an der Ausschließung anderer. Bei Goethe aber steht Besitzfreude und Sachgenuß in schönem Gleichgewicht. „Mir ist der Besitz nötig“, sagt er zum Kanzler v. Müller, „um den richtigen Begriff der Objekte zu bekommen. Frei von den Täuschungen, die die Begierde nach einem Gegenstande unterhält, läßt erst der Besitz mich ruhig und unbefangenen urteilen. Und so liebe ich den Besitz, nicht der besessenen Sache, sondern meiner Bildung wegen und weil er mich ruhiger und dadurch glücklicher macht.“ Sachgenuß um des vollen Sachgenusses willen! Der Sachgenuß aber erreicht bei ihm keine Höhe erst in der Mitteilung an andere. Der Sammler Goethe ist es, der in den „Wanderjahren“ die Formel der individuellen Eigentumslehre unübertrefflich geprägt hat: „Besitz und Gemeingut“ —, das heißt: Besitz — als Gemeingut.

Auf die Grenzen dieser Eigentumsauffassung braucht kaum besonders hingewiesen zu werden. Sie ist nur in einer Gesellschaft möglich, in der das Vermögenobjekt noch Sache ist, nicht bloß Ware und Wert, nur solange das Eigentum noch ein Gemütsverhältnis, nicht ein bloßes Zweckverhältnis ist, also nur vor der vollen Entfaltung einer kapitalistischen Wirtschaft. Aber Goethe war so wenig in den Geist seiner Klasse eingeschlossen, daß er schon während ihrer Anfänge über sie hinaus sah. In den „Wanderjahren“, seinem erstaunlichen Alterswerk, und in dem zweiten Teile des „Faust“ zeigen sich jenseits der damals noch nicht einmal voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft schon die Umrisse einer neuen, sozialen Welt. Hatte Wilhelm in den „Lehrjahren“ selbstgenügsam seine individuelle Bildung gesucht, so muß er in den „Wanderjahren“ erkennen: „Nur alle Menschen machen die Menschheit aus, nur alle Kräfte zusammen genommen die Welt“, „was der Mensch auch ergreife und handhabe, der einzelne ist sich nicht hinreichend, Gesellschaft bleibt eines waderen Mannes höchstes Bedürfnis“. Und am Ende der Faustdichtung findet er für diesen neuen sozialen Geist die wundervolle Wortprägung „Gemeindrang“.

Jede aufsteigende Klasse hat ihre Sternstunde, in der ihre eigene zugleich die von der Geschichte erwählte Idee ist. In diesem geschichtlichen Augenblick ist ihr verliehen, durch den Mund ihrer Größten nicht nur sich selbst in ihrer historischen Gegenwart, sondern Ewig-Gültiges auszusprechen. Eine herrschende und gesättigte Klasse hat wohl noch die Fähigkeit, ihren gesicherten geistigen Gehalt in ruhevollen Werken zu gestalten, die ihre Schönheit gerade deshalb haben, weil sie der letzten Fragwürdigkeit des Lebens so weit entrückt sind — man denke etwa an Gottfried Keller. Sie wird sich noch weisensgemäßer ausdrücken in den Werken der Wissenschaft. Nicht die Dichtung, sondern die wissenschaftliche Prosa war die eigentliche Ausdrucksform des 19. Jahrhunderts. Daß damals die beste wissenschaftliche Prosa geschrieben wurde, welche die deutsche Stilgeschichte kennt, hängt zweifellos mit der Gelassenheit des Lebensgefühls einer ernstlich nicht in Frage gestellten herrschenden Klasse zusammen. Aber jene Sternstunde des Aufstiegs lag damals schon weit dahinten.

Goethe war es, der in jener Stunde den Durchbruch zum Ewig-Gültigen vollzogen hat. Die Kunst der Stunde und die Größe des Menschen, dem sie zuteil wurde, gegeneinander zu verrechnen aber hat Goethe selbst uns verwehrt:

Wie sich Verdienst und Glück verketten,  
Das fällt den Toren niemals ein.  
Wenn sie den Stein der Weisen hätten,  
Der Waage mangelte dem Stein.

### Hakenkreuz in Weimar

Diese Zeichnung unseres verewigten Mitarbeiters Otto Koester (zuerst erschienen im „Vorwärts“ am 22. August 1924) wirkt heute lebendiger denn je.



Schiller: „Was haben Sie vor, Herr Geheimbderat?“  
Goethe: „Ich möchte Weimar für ein paar Tage verlassen, lieber Herr Kollege. Dunkles Haar, schwarze Augen, in der Judenstadt Frankfurt geboren und kosmopolitische Gesinnung — da könnte ich mir leicht eine Denkmalsbeschädigung zuziehen!“

# Vorstoß der Bauwirtschaft.

## Eingabe von 50 Unternehmerverbänden bei der Regierung: Hauszinssteuer unentbehrlich.

Etwa fünfzig Spitzenverbände der Bauwirtschaft haben gemeinsam der Reichsregierung eine Eingabe eingereicht, in der sie Vorschläge zur Abhilfe der gegenwärtigen Notlage der Bauwirtschaft machen.

Die Denkschrift fordert die Wiederaufnahme von Bauten des Verkehrs, der Eisenbahnen, Straßen, Restaurationen usw. Es ist dabei an kein zusätzliches Beschaffungsprogramm gedacht, sondern nur an einen Ausgleich für die seit Jahren zu verzeichnenden Minderinvestitionen. Eine produktive Bautätigkeit, so heißt es in der Eingabe, würde fortlaufende günstige Wirkungen auf die Produktion, den Handel und den Kreditverkehr haben. Der Kreislauf der umgeschlagenen Löhne, die etwa 70 bis 80 Proz. der Bauformne ausmachen, läßt die Bedeutung für den Arbeitsmarkt erkennen.

Der Produktionswert der öffentlichen Arbeiten, der 1929 noch 2,7 Milliarden betrug, im folgenden Jahr 1,7 und im letzten Jahr bis auf 1 Milliarde Mark sank, werde im laufenden Jahr, falls keine besonderen Maßnahmen getroffen werden, bis auf 0,7 Milliarden zusammenschrumpfen.

### Eine Vermehrung der öffentlichen Arbeiten nach den Vorschlägen der Denkschrift um 1,5 Milliarden Mark

würde bedeuten, daß die öffentliche Bautätigkeit immer noch unter dem Normalmaß bleiben und die Gesamtbautätigkeit nur die Hälfte des normalen Standes erreichen würde. Die Vorschläge halten sich daher innerhalb des natürlichen Rahmens.

Zur Finanzierung müßte in erster Linie auf die vorhandenen natürlichen Finanzquellen der öffentlichen Auftraggeber zurückgegriffen werden. Hierbei müßte es möglich sein, einen Teil der jetzt für andere Zwecke abgezweigten Finanzquellen wieder dem Bauplatz zuzuleiten. Die Umschuldung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden könnte zu diesem Zweck erheblich beitragen. Im übrigen will das Programm den Gedanken der produktiven Erwerbslofenfürsorge ausbauen, und es nimmt daher für die Finanzierung weiter die durch die Bauarbeiten eintretende Entlastung der Erwerbslofenfürsorge, die man mit 20 Proz. der Bauformne berechnet, in Anspruch. Außerdem wird eine stärkere Beteiligung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, deren Kapital heute noch nicht ausgenutzt sei, sowie eine Beteiligung der Länder vorgeschlagen.

Zum Schluß der Denkschrift werden für die Finanzierung des Wohnungsbaues Vorschläge gemacht, die finanzpolitisch außerordentlich bedeutungsvoll sind. Sie beweisen, daß in den Kreisen der privaten Bauunternehmer sich die Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß ein radikaler Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wohnungswirtschaft mit den entsprechenden Rückwirkungen auf finanzpolitischem Gebiet verhängnisvoll ist.

Die Denkschrift sagt hierzu, daß die gegenwärtige Krise es auf dem

Gebiete des Hochbaues, wo sich zur Zeit der Uebergang von der Zwangs- zur freien Wohnungswirtschaft vollzieht, erforderlich mache, auf der Finanzhilfe des Staats bei der Durchführung neuer Wohnbauten zu bestehen. Dies gilt besonders für die Klein- und Kleinstwohnungen, für die noch vielfacher Bedarf vorliegt.

Auch im übrigen fehle es noch an den Voraussetzungen, aus denen sich die private Initiative im Wohnungsbau erst entwickeln kann. Bis zur weiteren Senkung des Zinsniveaus könne man bei Kleinstwohnungen ohne Zins- und Mietzuschüsse nicht auskommen. Ein Teil der Hauszinssteuer müsse für den Wohnungsbau zwangsläufig vorbehalten bleiben. Die Instandsetzung des Altbestandes wird als vordringlich bezeichnet. Die Instandsetzung der 600 000 bis 700 000 m² bestehenden Gebäude könne 150 000 Bauarbeitern für ein Jahr Arbeitsmöglichkeit verschaffen.

## Sparfahenzins bleibt 4 Prozent Die Entscheidung des Bankkommissars.

Der Reichskommissar für das Bankgewerbe, Dr. Ernst, hat jetzt entschieden, daß der Normalzinsfuß für hereingenommene Gelder bis auf weiteres unverändert 4 Proz. pro Jahr beträgt.

Damit hat der Bankkommissar eine Entscheidung getroffen, die nicht nur bei den Sparkassen, sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen werden wird. Nach der kürzlich erfolgten Senkung des Reichsbankdiskontes von 7 auf 6 Proz. war zwischen den Kreditbanken und den Sparkassen ein Konflikt wegen des künftigen Höchstzinsfußes für hereingenommene Gelder entstanden.

Die Ursache dieses Konfliktes war darin zu suchen, daß die Privatbanken möglichst bestrebt waren, ihre im Dezember erhöhte Gewinnspanne zwischen den Soll- und Habenzinsen — den Zinsen für ausgeliehene und hereingenommene Gelder — beizubehalten. Da nach dem Bankenabkommen im Januar dieses Jahres die Sollzinsen der Kreditinstitute vom Reichsbankdiskont abhängig sind, mußten die Sollzinsen nach der Diskontsenkung automatisch abgesenkt werden. Um ihre Zinsspanne hochzubehalten, forderten die Banken von den Sparkassen, daß der sogenannte Normalzins für die Habenzinsen, der vom Reichsbankdiskont unabhängig ist, gleichfalls herabgesetzt wird. Infolge des berechtigten Widerstandes der Sparkassen mußte der Reichskommissar für das Bankgewerbe entscheiden, der jetzt das obige Urteil gefällt hat.

Die Stockholmer Börse, die während der vorigen Woche wegen der Kreuger-Panik geschlossen war, ist wieder eröffnet worden. Der Handel in Kreuger-Werten bleibt vorläufig suspendiert.

## Eine neue Wirtschaftsaftäre?

### Ueberraschende Millionenverluste bei Hirsch-Kupfer.

Bei der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin-Eberswalde, einem führenden Metallkonzern in Deutschland, der bisher zu den solidesten und bestfundierten Unternehmungen seiner Art gerechnet wurde, sind ueberraschenderweise schwere Millionenverluste festgestellt worden. Das plötzliche Ausschleiden der beiden einzigen Vorstandsmitglieder Sigmund Hirsch und René Schwarz deutet darauf hin, daß die Wurzel dieser schweren Verluste auf persönliches Verschulden zurückgeht. Bei der Undurchsichtigkeit der Vorgänge wäre eine baldige und gründliche Aufklärung der Öffentlichkeit dringend geboten.

Nach unseren Informationen beruhen die Verluste in erster Linie auf umfangreichen Bürgschaften, die zum Teil die Gesellschaft und zum Teil die beiden genannten Direktoren persönlich für die Metallhandelsfirma Aron Hirsch u. Sohn in Halberstadt, das Stammunternehmen des Hirsch-Kupfer-Konzerns, übernommen haben. Weitere Verluste sind jodann bei der Beteiligung der Metallwarenfabrik Baer u. Stein A.-G. sowie der Finow-Farm G. m. b. H. entstanden.

Zur Klärung der persönlichen Verhältnisse bei dem Unternehmen ist noch zu sagen, daß die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. eine Gründung von Aron Hirsch ist, der als Besitzer des Handelsunternehmens Aron Hirsch u. Sohn, Halberstadt, im Jahre 1908 die Fabrikationsbetriebe seines Unternehmens in der Hirsch-Kupfer A.-G. zusammenfaßte. Bis vor wenigen Jahren war die Hirsch-Kupfer A.-G. ein ausgesprochenes Familienunternehmen, von dessen Aktien sich höchstens 10 bis 15 Proz. in fremden Händen befanden. Seit 1929 hat sich dies aber geändert. Durch ein Abkommen mit dem englischen Chemietrust ging ein starkes Minderheitspaket von 25 Proz. des Kapitals an die Engländer über, und im nächsten Jahre ein fast gleich starkes Aktienpaket an die Kupfer-Minen-Gesellschaft Haut Katanga. Die knappe Mehrheit des 12-Millionen-Kapitals von Hirsch-Kupfer war danach also noch im Besitz der Familie Hirsch, ist jedoch im Laufe des letzten Jahres zum größten Teil bei Banken, darunter auch einer Schweizer Großbank, als Pfand hinterlegt worden.

Da bei dieser Sachlage die Familie Hirsch bzw. der Vorstandsdirektor Sigmund Hirsch nur noch über einen kleinen Bruchteil des Aktienkapitals verfügungsberechtigt war, ergab sich in der Frage der hohen Bürgschaftsübernahmen für die alte Familiengesellschaft Aron Hirsch u. Sohn in Halberstadt die Tatsache, daß das Unternehmen Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. im Familieninteresse schwer belastet wurde.

Diese Vorgänge sind um so schwerwiegender, als es sich bei den Hirsch-Kupfer- und Messingwerken mit um die besten Metallwalzwerksbetriebe in Deutschland handelt. Im vergangenen Frühjahr konnte diese Gesellschaft für das Jahr 1930 noch ihre hohe Vorjahrsdividende von 7 Proz. ausschütten, während bei den meisten anderen Metallunternehmungen schon scharfe Dividendensenkungen infolge der Krise vorgenommen wurden.

zu sparen, dünkt wieder der Mühe wert



--- bei uns können Sie sparen!

sparen!

Und — das ist natürlich sehr wichtig — Sie brauchen nichts herzugeben von Ihrem eleganten Aussehen! — Nichts von den guten Stoffen — nichts von dem modischen Schnitt — auf die Sie mit Recht Anspruch erheben! Daß man unserer Herren-Kleidung ihren niedrigen Preis nicht ansieht, daß man sie im Gegenteil ausnahmslos viel teurer einschätzt, als sie wirklich kostet — das gerade ist unser Stolz und der aller unserer in die Zigtausende gehenden Kunden.

Gut auszusehen, sehr gut sogar, und doch zu sparen, viel sogar, das ist die schöne Möglichkeit, die das C & A-System geschaffen hat.

Machen Sie sich das zunutze — und

# GEHEN SIE ZU

Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33  
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz



2 Beispiele:  
Reinwollener Kammgarn-Anzug 29<sup>50</sup>  
in flatter, moderner Machart und eleganten Streifen-Mustern nur  
Hochmoderner Cheviot-Slipon 37<sup>50</sup>  
reine Wolle, ganz auf reinwollenenem Gabardine gefüttert nur

Nachdruck von Wort und Bild verboten! Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Dienstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können leider nicht berücksichtigt werden!

